

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 11. November 1932
14. Jahrgang Nr. 266

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Wöchentl. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,65 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,15 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die gehobene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Berlin- u. Versammlungsanzeigen 6 Pf. Kellampreis: Die dreispaltige Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmeschluss in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 4902. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Hinterhaus). Fernsprecher 439 02. Erscheinung der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 439 02.

Massenstreik gegen das Genfer Massaker

Maschinengewehrfeuer auf Antifaschisten / 12 Tote 67 Schwerverletzte / Erhebt millionenstimmigen Protest gegen die faschistischen Machthaber der Schweiz, die ein mörderisches Blutbad angerichtet haben

In Genf haben am 9. November Polizei und mobilisierte Truppen mit Maschinengewehren auf Arbeiter geschossen. Bisher werden 12 Tote und 67 Schwerverletzte gemeldet.

Die faschistische „Nationale Union“ hielt am Abend des 9. November eine öffentliche Versammlung ab, die sich in provokatorischer Form gegen die Arbeiter richtete. Die Arbeiter von Genf fanden sich zu einer Gegenkundgebung zusammen. Durch Polizei und durch mobilisierte Infanterie wurden daraufhin die Arbeiter beschossen. Unbeschreiblich war die Empörung der Genfer werktätigen Bevölkerung, als zahlreiche Tote und Verwundete auf dem Platz lagen. Während der ganzen Nacht kam es zu stürmischen Kundgebungen gegen den Faschismus und gegen die Machthaber, die für das Blutbad verantwortlich sind.

Die Schweizer Behörden haben sofort eine wilde Hege gegen die Kommunisten entfacht. Die Kommunisten werden verurteilt und beschimpft, Massenverhaftungen werden vorgenommen. Auch in anderen Städten der Schweiz wurden Arbeiter verhaftet, in Lausanne erfolgten sofort nach den Zusammenstößen 20 Verhaftungen.

Die Ereignisse in der Schweiz sind Sturmzeichen. Auch in der Schweiz bedroht der kapitalistische Niedergang immer mehr die Existenz der Werktätigen. Die Arbeitslosigkeit wird immer größer und die sozialen Unterführungen werden immer mehr abgebaut. Die Bourgeoisie formiert faschistische Organisationen, wie die „Nationale Union“, die den beschleunigten rücksichtslosen Abbau der künftigen Arbeitslosenunterstützung und der übrigen sozialen Leistungen fordern und mit faschistischen Methoden durchsetzen wollen. Die Schweizer Bourgeoisie will nun mit solchen Methoden, wie sie am 9. November in Genf zur Anwendung kamen, die Gegenwehr der Arbeiter brechen.

Nicht nur in der Schweiz, in allen Ländern wird das Proletariat schärfsten Protest erheben gegen das von den Schweizer Machthabern angerichtete Blutbad.

Die Schweizer Arbeiter sind in unbeschreiblicher Empörung und drängen zum politischen Massenstreik. Die Ausrufung des General-

streiks in Genf steht unmittelbar bevor. Die Bararbeiter und die Transportarbeiter haben bereits den Streikbeschluss gefasst. Die Chauffeure haben der Regierung mitgeteilt, daß sie keine Truppen transportieren.

Selbst aus den tendenziösen Berichten der Genfer Vertreter der kapitalistischen Presse ist zu ersehen, wie ungeheuerlich die Schweizer Machthaber vorgegangen sind, die auf unbewaffnete Arbeiter mit Maschinengewehren schießen ließen. So heißt es im Genfer Bericht der „Berliner Nacht-Ausgabe“:

„Die Massen formierten sich zu großen Kolonnen. Die Polizei versuchte zunächst, die Massen abzuwehren und sie in die Nebenstraßen abzubringen. Diese Versuche blieben jedoch völlig vergeblich. In größter Eile wurden 2 Infanterie-Bataillone auf Lastwagen herbeigeholt. Die Soldaten wurden jedoch sofort von der Masse von allen Seiten umringt. Den Soldaten wurden die Waffen entziffen und auf dem Boden zertrümmert. Es entspann sich ein unbeschreibliches Handgemenge. In dieser Lage trafen 2 weitere Infanterie-Kompagnien auf dem Platz ein, die im Besitz von Maschinengewehren waren. Die Offiziere gingen jetzt euergetisch kurzentschlossen vor. Die Gewehre wurden in Stellung gebracht. Die Offiziere forderten die Massen auf, sofort auseinanderzugehen, da sonst scharf geschossen würde. Die Ereignisse überkürzten sich jedoch. Wählig begannen die Maschinengewehre zu knattern. Die Soldaten sind schwer zu Schildern. Zahlreiche Tote und Verwundete blieben blutüberströmt auf dem Platz liegen.“

Das Zentralorgan der SPD-Führer, der „Vorwärts“, stimmt in seiner Abendausgabe vom 10. November in die wilde kapitalistische Hege gegen die Schweizer Arbeiter ein. Er schreibt wörtlich:

„Das Zusammengehen mit den Kommunisten und die Anwendung ihrer Methoden hat der von einem Nationalsozialisten verheßte Genfer Arbeiterschaft bis jetzt 12 Todesopfer und 40 Verwundete gekostet.“

Nur mit größter Empörung werden die Arbeiter, darunter viele

Streik der Brückenbau-Belegschaft

Sagan, 11. November. Heute früh um 7 Uhr hielt die 54 Mann starke Belegschaft der Brückenbau-Firma Weiß, Bau Ludwigsbrücke Sagan, eine Belegschaftsversammlung gegen den Lohnabbau von 48 Pfennig pro Stunde auf 43 Pfennig ab. Mit 35 gegen 17 Stimmen wurde der Streik beschlossen. Heute vormittag 10 Uhr ist eine Belegschaftsversammlung im Volkshaus, wo zu dem Streik Stellung genommen wird.

Tausende sozialdemokratische Arbeiter, von dieser infamen Hege des „Vorwärts“ Kenntnis nehmen. Die deutsche Arbeiterschaft vereint sich mit den Schweizer Arbeitern zum leidenschaftlichen millionenstimmigen Protest gegen das Blutbad, das die faschistischen Machthaber der Schweiz in Genf angerichtet haben.

Genf, 11. November. (Sig. Drahtber.) Die Truppen sind von den militärischen Ständen in starke Bereitschaft gesetzt, sie werden als im „aktiven Dienst“ bezeichnet, was der Verordnung des Ausnahmezustandes gleichkommt. Der Auf der Arbeiter für den Generalstreik ist allgemein. Die Schweizer Sozialdemokraten und die Genfer Gewerkschaftsbürokratie haben demgegenüber beschlossen, daß der Generalstreik nicht ausgerufen wird und versuchen mit allen Mitteln den Proteststreik zu verhindern.

Inzwischen ist es in einigen Betrieben zu Proteststreiks gekommen, in Genf und verschiedenen Orten, so auch in Lausanne.

Hungerstreik der proletarisch-politischen Festungsgefangenen

Bringt euren eingetexterten Klassengenossen durch eine Welle des Massenprotestes Hilfe!

Berlin, 11. November. (Sig. Drahtber.) Die proletarischen politischen Gefangenen der Festungen Bielefeld und Wesermünde, darunter der Genosse Scheringer, sind in den Hungerstreik getreten, weil ihnen alle Vergünstigungen entzogen werden und damit die Festungsstrafe praktisch in eine Zuchthausstrafe umgewandelt wird.

Im Straf- und Untersuchungsgefängnis in Halle sind die politischen Gefangenen aus Solidarität ebenfalls in den Hungerstreik getreten und kämpfen zugleich gegen die unerträglichen Zustände in dem Gefängnis in Halle.

Einem Sturm gleich muß die Nachricht von diesem faschistischen Verstoß auf die revolutionären Kämpfer und ihrer Abwehraktion durch die Betriebe und Arbeiterwohnviertel gehen. Ueberall muß Stellung genommen und müssen Solidaritätsaktionen für die im Hungerstreik sich befindenden Genossen durchgeführt werden. Was dieser Justizminister unter dem Papen-Kabinett den Gefangenen

gegenüber angeordnet, hat bisher noch kein Organ der kapitalistischen Klassenjustiz gewagt. Fällt doch der bisher fünf Stunden betragende freie Ausgang vollkommen weg und wird den Festungsgefangenen lediglich gestattet, sich während zwei bestimmten Stunden im Gefängnishof zu bewegen. Von diesen zwei Stunden „Freizeit“ geht die Zeit für Besuche, die auf höchstens eine Stunde und nur zweimal in der Woche festgelegt ist, noch ab. Auch darf immer nur an einem Tage ein Gefangener Besuch erhalten oder aber die Besuchszeit von einer Stunde wird unter die Besuchempfangenden geteilt.

Rehmt sofort in den Belegschaften und in allen Versammlungen Stellung. Uebermittelt der kommunistischen Presse die Protestentscheidungen. Hebt proletarische Solidarität mit den bedrohten revolutionären Kämpfern. Organisiert Solidaritätsaktionen! Kämpft mit der roten Hilfe für die Vollkammerie für alle proletarisch-politischen Gefangenen!

Leutnant und acht Polizeibeamten, die die Frauen aus dem Rathaus entfernen sollten. Die Frauen aber schilderten den Polizeibeamten ihre Notlage und den Zweck ihres Erscheinens im Rathaus. Daraufhin ging der Polizeioffizier zu einem der zuständigen Beamten und verhandelte wegen den Forderungen der erwerbslosen Frauen. Nach kurzer Zeit kam er zurück und teilte den Frauen mit, daß diejenigen, die sechs Kinder und mehr haben, sich nach dem Wohlfahrtsamt begeben sollen, um mit dem Stadtrat Tilsner zu verhandeln. Die Verhandlung mit Stadtrat Tilsner hatte folgendes Resultat:

1. Kohlenmarken können noch nicht ausgegeben werden, weil dieselben noch nicht gedruckt sind. Sollte aber der Winter noch vor dem 1. Dezember einsetzen, so werden die Kohlenmarken noch vorher ausgegeben.
2. Die Ausgabe der Brotmarken erfolgt ab Montag, dem 14. November.
3. Alle Kinder der Erwerbslosen sollen unentgeltliche Schulspeisung erhalten. Die Eltern sollen Anträge auf unentgeltliche Speisung stellen.
4. Alle jugendlichen Erwerbslosen sollen unentgeltlich warmes Essen erhalten.

Zu diesen vier Punkten machte der Stadtrat Tilsner die einschneidende Bemerkung, daß in der am Freitag, nachmittags 5 Uhr, stattfindenden Sitzung noch einmal Stellung genommen wird; er könne heute noch keine endgültige Erklärung abgeben, ob diese Punkte restlos erfüllt werden, da die Stadt Breslau sich finanziell in Schwierigkeiten befindet. Er hob hervor, daß die Stadt Breslau demnach nicht mehr in der Lage sein werde, den Beamten, Angestellten sowie Erwerbslosen ihre Gehälter und Unterführungen auszusahlen.

Die im Rathaus und im Wohlfahrtsamt demonstrativ auftretenden hungernden Frauen haben nach der Besprechung mit Stadtrat Tilsner zum Ausdruck gebracht, daß sie bereit sind, für ihre Forderungen bis zum Äußersten einzutreten. Sie erklärten, daß es jetzt die Aufgabe aller Breslauer Erwerbslosen und ihrer Frauen sei, die Einheitsfrontaktion für ihre Winterhilfsforderungen zur Auslösung zu bringen. Diese Frauen appellieren an alle Erwerbslosen und insbesondere an die Frauen, nicht in ihrer Wohnung mit ihren Kindern zu hungern und zu frieren, sondern außerparlamentarisch den Kampf um Brot, Kohle und warme Winterkleidung zu führen.

Demonstratives Auftreten einer Frauen-Delegation im Breslauer Rathaus

Sie fordert sofortige Durchführung der Winterhilfe — Diese Frauen appellieren an alle Erwerbslosen und insbesondere an alle Frauen, in roter Einheitsfrontaktion um Brot, Kartoffeln, Fleisch, Kohle und warme Winterkleidung zu kämpfen

Breslau, 11. November. Die erwerbslosen Frauen sind nicht mehr länger gewillt, die Verschleppung der Winterhilfe hinzunehmen. Eine Delegation von 60 Frauen erschien in den gestrigen Vormittagsstunden mit Säcken, Körben und Haden im Breslauer Rathaus, um die versprochenen Winterbeihilfe abzuholen. Die demonstrativ auftretenden Frauen, deren Kinder zu Hause nach Brot schreien, wollten schnell abspizieren. Auf den energischen Protest der Frauen hin

wurde mit ihnen verhandelt. Der Beamte besah die Freiheit, verhöhte die Proletarierinnen und erklärte zynisch: „Wenn Sie so gut Kochen können, wie Sie reden, dann ist es gut.“ Auf diese Provokation bemächtigte sich aller anwesenden Frauen eine große Empörung. Die Frauen forderten eine klare Antwort. Man sah es aber vor, anstatt den Frauen diese geforderte Antwort zu geben, ein Polizeikommando herbeizuholen, bestehend aus einem

Die neue Zuchthausordnung in den Festungsanstalten

Durch eine Amtsverfügung des preussischen Justizministeriums vom 1. November sollen nun auch in den preussischen Festungsanstalten die neuen verächtlichen Bestimmungen durchgeföhrt werden. Bis diese neuen Bestimmungen des Strafvollzuges vor einigen Wochen angedacht und in einigen Strafanstalten zwangsweise eingeföhrt wurden, gina eine gewaltige Protestwelle durch die Strafanstalten, der sich auch breite Kreise der weitausgehenden Bevölkerung anschloßen.

Nun sollen in den preussischen Festungsanstalten die neuen Zuchthausbestimmungen eingeföhrt werden. Der proletarischen politischen Bewegung hat sich eine gewaltige Erregung bemächtigt. Beim Reichstagsauschuss des Preussischen Landtages sind circa 100 Anträge und Beschwerden von proletarischen politischen Festungsgefangenen eingegangen, in denen sie auf das Entschiedenste gegen die Verächtlichkeit dieser Bestimmungen protestieren und erklären, daß sie sich bei zwangsweiser Durchföhung dieser Bestimmungen mit allen Mitteln, und sei es mit dem Hungerstreik, zur Wehr setzen werden. Die Verächtlichkeiten bestehen im Entzug des Stadterlaubnisses, der

Einschließung, des sechsständigen Beschäftigungszwanges, des Verbotes von Bezug proletarischer Literatur, in der Einföhung von Probestunden und in der Beschränkung der Besuchserlaubnis.

Der in Melefeld sitzende Genosse Scheringer und auch alle übrigen Festungsgefangenen haben mit Recht darauf hingewiesen, daß sie durch diese neuen Verschärfungen zum zweiten Male in der gleichen Sache auf das Brutalste bestraft werden. Bei der Urteilsfällung erhielten sie besonders hohe, langjährige Freiheitsstrafen, weil die Zuchthaushaft angeblich die leichteste Strafart sein soll, und jetzt wird diese langjährige „Leichte“ Strafart in eine zuchthausähnliche Strafe umgewandelt, ohne daß die Strafe auch nur einen Tag gestutzt werden soll.

Wir protestieren auf das Entschiedenste gegen diese Schikanen an mehrlosen proletarischen politischen Gefangenen. Die wertvolle Bevölkerung muß den schärfsten Protest gegen diese Strafvollzugsbarbarei und im gemeinsamen Kampf mit der roten Hilfe die sofortige Zurücknahme dieser verschärfsten Bestimmungen und die Freilassung der 9000 proletarischen politischen Gefangenen erzwingen.



Unser Bild zeigt einen der besten Stoßbrigadler, den Zimmermann P. B. Burjanski, vom Bau des Dnjeprostroj

Hindenburg-Papen wollen „nationale Konzentration“

Der vom SPD.-Auschuß angelegte „Kampf“ gegen Papen ist ein schändlicher Betrug — Braun zu Verhandlungen mit Papen jederzeit bereit

Berlin, 11. November. (Eig. Drahtber.) Hindenburg hat gestern Papen mit den Verhandlungen über eine „nationale Konzentration“ auf der Grundlage des Papen-Programms beauftragt.

Papen soll zu diesem Zwecke Besprechungen mit den Deutschen, der Hilfspartei, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei führen. In den Besprechungen soll zunächst nur allgemein festgestellt werden, ob die genannten Parteien bereit sind, „auf der Grundlage der bisherigen Wirtschaft- und Sozialpolitik und der weiteren Absichten des Reichsstaats“ mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Störtreue Besprechungen, insbesondere personeller Art, über eine Umbildung der Regierung sollen nachher erfolgen. Die der Regierung nahestehende Presse teilt mit, daß der Austritt auch eines einzelnen Ministers — gemeint ist Papen — zu Beginn der Verhandlungen nicht in Frage komme, jedoch werde, wenn eine Einigung für ein Kabinett der „nationalen Konzentration“ erfolgt, Papen diese Zusammenarbeit nicht an seiner Person scheitern lassen.

Die Verhandlungen über die „nationale Konzentration“ haben den Zweck, der Diktatur-Regierung eine direkte und offene breitere Grundlage zu geben und eine parlamentarische Verbrämung des Diktatur-Regimes zu ermöglichen. Das Diktatur-Regime (mit oder ohne Papen) bleibt und soll weiter existieren; es soll jedoch, um die wachsende Empörung der Massen zu dämpfen, um die Massen leichter niedersubalten und die Durchföhung des Lohnabbaus und der Verfassungs- und Reichsreform zu erleichtern, offener und direkter durch die „nationale Konzentration“ unterstützt werden. Dem stehen bislang noch die Differenzen zwischen den bürgerlichen Parteien im Wege. Die Hilfspartei, das Zentrum und mit ihnen die Sozialdemokratie, die unter oppositioneller Maske als Teil der „nationalen Konzentration“ das Kapital unterstützt, sollen die Durchföhung neuer Lohnabschlüsse und der Verfassungs- und Reichsreform erleichtern und die wachsende Empörung der Massen dämpfen.

Die Arbeitermassen beantworten die Bestrebungen Schleichers und Papens zur „nationalen Konzentration“ mit der proletarischen

Einheitsfrontaktion unter Führung der kommunistischen Partei, mit dem entschiedenen Kampf gegen die Diktatur-Regierung Schleichers-Papen, gegen Hunger und Faschismus.

Papen hat auch an den Ministerpräsidenten der alten Preußen-Regierung Braun einen Brief gerichtet und ihn zu einer persönlichen Aussprache über die Reichs- und Verfassungsreform aufgefordert. Die SPD. kommt für Ministerposten nicht in Frage, soll aber noch stärkere Hilfsdienste bei der Durchföhung des Schleichers-Papen-Programms leisten. Die SPD. ist zu diesen Hilfsdiensten, ungeachtet aller Zusätze, bereit. Der in der gestrigen Sitzung des SPD.-Auschußes angelegte „schärfste und rücksichtsloseste Kampf gegen die jetzige Reichsregierung“ ist ein schändlicher Betrug. Der „schärfste Kampf“ der SPD. gegen Papen besteht in einer scheinoppositiven „Artik.“ im Reichstags. Weiter hat Braun, der an dieser Ausschüßsitzung teilgenommen hatte, auf Papens Aufforderung zu einer Aussprache mit einem ergebnen Brief geantwortet, daß er Papen zur Verfertigung herbe und ihn bitte, Ort und Stunde der Zusammenkunft mit ihm zu vereinbaren.

Von der Defensiv zur Offensiv

Vom Sekretariat des Internationalen Komitees der Bergarbeiter wird uns geschrieben:

Der Einheitskongreß der Kohlenarbeiter Europas, der im April dieses Jahres in Saarbrücken tagte, jagte in seiner Entschlieung zu den Aufgaben der Bergarbeiter folgendes:

„Die wichtigste Aufgabe der Bergarbeiter ist die Organisierung des rücksichtslosen Kampfes gegen den Lohnabbau auf Grund konkreter betrieblicher Forderungen in den einzelnen Betrieben und gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.“

Die Organisierung des rücksichtslosen Kampfes gegen Lohnabbau in all seinen Formen, das war die wichtigste Aufgabe. Aber der Kongreß beschränkte sich nicht auf die Organisierung der Abwehr. In der Entschlieung heißt es weiter:

„Durch die Einheitsfront und den rücksichtslosen Kampf gegen jeden Lohnabbau und alle Versuche zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen muß die Offensiv der Grubenkapitalisten zum Stillstand gebracht werden.“

Die Bergarbeiter müssen zur Offensiv übergehen.

Der Kampf auf allen Gruben, in allen Bergrevieren und Ländern um Erhöhung der Löhne, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Verkürzung der Arbeitszeit muß als Angriffskampf der Bergarbeiter vorbereitet, organisiert und geführt werden.“

Also die Offensiv der Bergarbeiter, der Angriffskampf um Lohnerhöhung, muß vorbereitet, organisiert und geführt werden. Als im April der Kongreß der Kohlenarbeiter tagte, da hatten kurz vorher die belgischen Bergarbeiter in Dombrowa einen heldenmütigen Kampf gegen Lohnabbau beendet. Die Bergarbeiter Nordböhmens standen mitten im Streit, um Entlassungen und Lohnkürzungen zu ver-

hindern. Beide Kämpfe waren noch Abwehrkämpfe. Wenn es bei dem Streit der Dombrowaer Bergarbeiter noch nicht möglich wurde, den Unternehmerangriff restlos zurückzuschlagen, so war es den nordböhmischen Kameraden der Tschschoslowaki schon möglich geworden, Grubenkapital und Regierung zu zwingen, die angedrohten Entlassungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen restlos zurückzunehmen.

Dem Streit der nordböhmischen Bergarbeiter folgte Ende Juni der größte und am mutigsten geführte Bergarbeiterstreik der belgischen Kameraden der letzten sechs Jahre. Dieser wurde nicht nur geführt gegen Lohnraub, sondern auch für Lohnerhöhung. Zwar war der Ausgangspunkt des Streiks ein von der reformistischen Bürokratie mit den Grubenkapitalisten vereinbarter Lohnraub von 10 Prozent. Des weiteren Herabsetzung des Kranfengeldes um 12,5 Prozent, Kürzung der Deputatlohnmenge und Beseitigung der Familienzulage. Aber schon nach 14 Tagen Streik mußten Grubenkapitalisten, Regierung und Gewerkschaftsbürokratie kapitulieren. Bis auf die 5 Prozent Lohnraub vom 19. Juni mußten sie restlos alle ihre reaktionären Anschläge zurücknehmen.

„Wir haben lange genug in der Defensiv gekämpft, jetzt müssen wir zur Offensiv übergehen.“

das war die Antwort auf das erste Zurückweichen der Regierung und der Grubenkapitalisten. Es heißt es in vielen Entschlieungen, die von den streikenden belgischen Kameraden angenommen wurden. Die Forderung auf Lohnerhöhung von 5 bis 10 Prozent war in kurzer Zeit Allgemeingut aller Streikenden, um sie wurde acht Wochen heroisch gekämpft.

Der reformistischen Bürokratie im Bunde mit der Regierung und den Grubenkapitalisten gelang es erst nach 10 Wochen des Streiks, die Bergarbeiter um die vollen Früchte ihres Kampfes zu betrügen. Aber auch das nur unter der Besprechung einer allgemeinen Lohnerhöhung und einer besonderen Erhöhung der niedrigen Löhne.

Die beiden Streiks, der der tschschischen Kameraden in Nordböhmen und der der belgischen Kameraden, haben die These des Saarbründer Kongresses der Kohlenarbeiter Europas

„man kann in der Krise nicht nur streiken, sondern auch erfolgreich streiken“

glänzend bestätigt. Deshalb gibt es jetzt, mit verstärkten Kräften, auf dem Wege, den der Saarbründer Kongreß aufgezeigt hat, die Offensiv der Bergarbeiter in allen Bergrevieren zu organisieren. Gegenwärtig sehen wir in allen Ländern und Bergrevieren Teilkämpfe. Was die Grubenherren im frontal Angriff nicht erreicht haben, versuchen sie in Teilen auf einzelnen Gruben durchzuführen. Die Bergarbeiter sehen sich aber zur Wehr. In Schottland, in Südwales, in Belgien, im Lütticher und im Revier von Charleroi, in Frankreich, in Polen — überall stammen Streiks einzelner Gruben auf gegen die Willkür der Unternehmer und für Lohnerhöhung. Die tschschischen Bergarbeiter stehen in allen Revieren zum Streik, um jeden Versuch zur Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen zurückzuweisen und die Bezahlung der Feiertage, die hier 3 und mehr in der Woche betragen, zu erkämpfen.

Diese Welle der Teilkämpfe in den Bergrevieren muß von den revolutionären Bergarbeitern und ihren Organisationen auf dem Boden der Einheitsfront zu einer festen Massenfrent, zu einer gegenoffensiv der Bergproletarier in allen Bergrevieren organisiert werden. Nicht nur Verhinderung jeglichen Lohnraubes, sondern auch Erhöhung der erbärmlichen Hungerlöhne muß die Kampflosung der Bergarbeiter sein.

Stuttgarter SPD.-Zeitung verboten

Stuttgart, 11. November. (Eig. Drahtber.) Die „Süddeutsche Arbeiter-Zeitung“ wurde bis einschließend den 19. November verboten und zwar auf Grund eines Kommentars zu den Genfer Ereignissen, der die Aufgabe der Schweizer Kommunisten behandelt.

WILHELM FLORIN: 10 PF.

Die WAHRHEIT über die Sowjetunion

Rede auf der Parkikonferenz der KPD

Unentbehrlich für unsere Agitation u. Propaganda zum 15. Jahrestag der Sowjetunion

Das ist Gewerkschaftsarbeit der DMB-Bürokratie in Brimtenau

angeichts des bevorstehenden Lohnabbaues — Jahreshauptversammlung mit Schweinschlachten und Tanz

Brimtenau, 10. November. Die DMB-Bürokratie hat für Sonntag, den 12. November, die alljährliche Jahreshauptversammlung inszeniert und teils in ihrer schriftlichen Einladung an ihre Mitglieder mit, daß Anträge, welche in der Versammlung behandelt werden sollen, bis zum 5. November beim Bevollmächtigten schriftlich eingereicht werden müssen, obwohl diese Einladung erst am 4. November in die Hände der Mitgliedschaft gelangt ist. Wie bekannt, plant die Direktion der Henschelwerke einen neuen ungeheuren Lohnabbau. Wir haben bereits in der „Arbeiter-Zeitung“ berichtet, daß in diesen Verhandlungen zwischen Betriebsräten und Beschäftigten hartgehandelt haben. Die Verhandlungen hatten den Zweck, den Lohnabbau reibungslos durchzuführen zu können. Mit Rücksicht auf die Wahlen, hatte man eine Vereinbarung getroffen, wonach das bisherige Lohnabkommen bis zum 15. November verlängert wird. Die Bürokratie will verhindern, daß in der Jahreshauptversammlung die Frage der Aufnahme des Kampfes gegen jeden Feinabbau behandelt wird. Wir lassen die Tagesordnung dieser Hauptversammlung folgen:

1. Bericht des Protokolls der letzten Versammlung.
2. Bericht der Revisoren.
3. Entlassungserklärung.
4. Neuwahl der Ortsverwaltung und sämtlicher Funktionäre.
5. Filmvorführungen (erklärtiger Film).

Anschließend gemütliches Beisammensein, verbunden mit Tanz. Außerdem wird der Gastwirt Beier für Fleisch und Wein sorgfältig Sorge tragen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen, und auf Verlangen vorzuzeigen. Eintritt, sowie Tanz frei.

Man stelle sich vor, eine Jahreshauptversammlung mit anschließendem gemütlichem Beisammensein, verbunden mit Tanz, Fleisch und Wein, als „neuer Errungenschaft der Gewerkschaftsbürokratie.“ Man glaubt damit die Kollegen von ihren Lebensfragen ablenken zu können. Wir sind der Auffassung, daß diese Jahreshauptversammlung zur Abschneidung mit der reformistischen Gewerkschaftspolitik genommen wird. Die Mitgliedschaft der Ortsgruppe Brimtenau muß in dieser Versammlung zu dem bevorstehenden Lohnabbau in der Henschelwerke Stellung nehmen und beschließen, daß jeder Feinabbau Lohnabbau mit Kampf beantwortet wird. Mit gemütlichem Beisammensein, verbunden mit Tanz, kann die Glendelage der Metallarbeiter nicht zu ihren Gunsten geändert werden, und deshalb erwarten wir von allen Kollegen, daß sie sich in ihrem eigenen Interesse hinter die Forderungen der RSD. stellen und auch Kollegen in die Ortsverwaltung wählen, die ihr Vertrauen besitzen und bereit sind, die Kämpfe der Metallarbeiter zu organisieren. Die RSD. hat gerade in den letzten Wochen unter Beweis gestellt, daß sie die einzige Kraft ist, die die kämpfende Einheitsfront gegen die Angriffe der Unternehmer organisiert und führt. Deshalb schließt euch der revolutionären Gewerkschaftsopposition an!

Blutige Straßenschlachten in Genf

Maschinengewehrfeuer auf Antikriegsdemonstration — Heldenhafter Widerstand der Arbeiter — 12 Tote, 65 Schwerverletzte

Genf, 10. November. Mehrere Stunden lang tobten in Genf, in der Stadt des Völkerverbundes und der pazifistischen Heucheleien, heftige Straßenschlachten. Kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter Schuster an Schuster sind gestern abend auf die Straßen Genfs gezogen, um gegen die Kriegshetze der Union Nationale, einer faschistischen Organisation, zu protestieren. Niederrufe gegen die imperialistischen Kriegshetzer und gegen den Faschismus erklangen in den Straßen von Genf. Seit Jahren hat Genf derart riesige Demonstrationen nicht gesehen.

Ein großes Aufgebot Polizei wurde gegen die Demonstranten eingesetzt. Blindwütig feuerten die Polizisten in die Menge und töteten drei Arbeiter. Die Wut und Erregung der demonstrierenden Arbeiter stieg angesichts dieses Massakers ins grenzenlose.

Die Demonstranten entwaffneten einen Teil der Polizei, der sie die ihnen ausgeschändigten Karabiner wie auch mehrere leichte Maschinengewehre abnahmen. Die Polizei forderte Militär zur Unterstützung an, woraufhin die Genfer Maschinengewehrkompanie III/1 der Infanterieregimentschule ausrückte und sogleich

das Feuer auf die Demonstranten eröffnete. Die demonstrierenden Arbeiter versuchten auch diese Kompanie zu entwaffnen. Bei den Kämpfen wurden 12 Arbeiter getötet und 65 schwer verwundet, von denen mehrere in höchster Lebensgefahr schweben.

Der Kampf zog sich bis in die Nacht hin, da immer neue militärische Verstärkungen und selbst die gesamte Feuerwehr von Genf herbeigebracht wurden. Ein Polizeioffizier wurde mit einem Stein niedergeschlagen. In Genf herrscht eine unbeschreibliche Erregung unter der werktätigen Bevölkerung, überall finden Demonstrationen statt.

Protestdemonstrationen in Lausanne

Auch in Lausanne bemächtigte sich der Arbeiterschaft große Empörung, als die Nachricht von dem Genfer Blutgemetzel bekannt wurde. Als die Polizei eintrifft, um die Ansammlungen zu zerstreuen, kam es auch hier zu Zusammenstößen. 20 Arbeiter wurden verhaftet.

Kriegsbündnis-Fäden zwischen Berlin und Paris

Der bekannte Kali-Industrielle Reichberg, der sehr eng in Verbindung mit den deutschen Regierungskreisen hat, veröffentlicht eine neue Feststellung über die Pläne eines deutsch-französischen Militärbündnisses. In dieser Feststellung heißt es:

„Es ist richtig, daß ich den Berichterstatter des „Capital“ bei meiner telephonischen Unterredung mit ihm auf die Tatsache hingewiesen habe, daß der Reichsfanzler v. Papen öffentlich eine Aussprache zwischen französischen und deutschen Generalstabsoffizieren zwecks Erörterung eines französisch-deutschen Militärbündnisses vorgeschlagen und also Frankreich die Hand geboten hat. Es ist ferner richtig, daß ich dem Berichterstatter des „Capital“ gegenüber bedauert habe, daß der gegenwärtige französische Ministerpräsident Douard Herriot nicht auf konkrete Vorschläge eines deutsch-französischen Militärbündnisses eingegangen ist, die, wenn auch nicht offiziell, so doch von dritter Seite gemacht worden sind.“

Es muß zunächst bemerkt werden, daß Reichberg der Vorkämpfer eines Antisowjetkrieges ist und auch die Frage eines deutsch-französischen Militärbündnisses selbstverständlich aus dieser Perspektive sieht. Die Erklärungen Reichbergs sind demnach sehr aufschlußreich und lassen die Fäden erkennen, die zwischen Berlin und Paris gesponnen werden und die Werktätigen beider Länder in ein neues imperialistisches Völkermorden verwickeln sollen.

Diese Pläne nehmen nach der Verkündung des berühmten französischen „konstruktiven Sicherheitsplanes“, dessen Vater bekanntlich der Sozialdemokrat Boncour ist, und der von den Sozialdemokraten in Frankreich sowohl wie in Deutschland mit lautem Jubel begrüßt wurde, immer fester Gestalt an. Wir erinnern nur daran, daß sofort nach der Verkündung dieses französischen Aufrüstungsplanes die Reichsregierung halbamtlich erklärte, daß dieser Plan eine annehmbare Verhandlungsgrundlage zwischen Deutschland und Frankreich darstelle. Nun betonte Papen in seiner Rede vor der ausländischen Presse nochmals, „der französische Plan sei vom deutschen Standpunkt aus durchaus diskutabel“. Und in derselben Rede betonte auch der deutsche Reichsfanzler gegenüber dem französischen Imperialismus, warum Deutschlands Rüstungsgleichberechtigung im Interesse auch Frankreichs und aller kapitalistischen Länder wäre, nämlich weil „Deutschland das Kampffeld zwischen dem Rationalismus des Westens und dem Irrationalismus des Ostens“ — in verständlicher Sprache überseht also: zwischen Sozialismus und Kapitalismus — bilde.

Das alles sagt bereits genug: die Antisowjetpläne der Kreise um Reichberg, der französische „konstruktive Plan“, Papens Erklärung für eine deutsch-französische Annäherung und das Anpreisen Deutschlands als eines Bollwerks gegen den Bolschewismus, es genügt, wenn man all diese Erscheinungen in Zusammenhang bringt. Man begreift dann, was sich hinter dieser „deutsch-französischen Annäherung“ für Gefahren für die Werktätigen der beiden Länder und für die Werktätigen der Sowjetunion verbergen.

Gegenüber diesen Kriegsbündnisplänen des deutschen und französischen Imperialismus knüpfen die Werktätigen Deutschlands und Frankreichs unter Führung ihrer kommunistischen Parteien das unzerstörbare und brüderliche Band des gemeinsamen Kampfes gegen Krieg und Versailles, wie es in der Proklamation der deutschen und französischen Kommunisten, in der Rede unseres Genossen Thälmann in Paris ausgedrückt wurde. In diesem Kampfbündnis müssen die Kriegspläne der Imperialisten zerfallen, und durch dieses Kampfbündnis wird von den Werktätigen Deutschlands das Foch des Versailler Vertrages abgeworfen werden.

Australische Kriegsmatrosen meutern

Protestversammlung gegen Soldabbau in Melbourne — Vor einem zweiten Invergordon?

Melbourne, 10. November. In der Kriegsflotte des britischen Dominions Australien macht sich eine wachsende Empörung der Matrosen bemerkbar, die insbesondere gegen die Herabsetzung des Soldes gerichtet ist. Am 8. November fand in Melbourne eine Versammlung von 200 Kriegsmatrosen der australischen Flotte statt, die demonstrativ ihre im Hafen liegenden Kriegsschiffe verlassen hatten. Die Protestversammlung wählte einen Kampfausschuß unter dem Namen „Wohlfahrtsausschuß“.

Die Versammlung hatte stattgefunden, obwohl die Offiziere der Mannschaften erklärt hatten, das, was sie tun, käme einer Meuterei gleich. Die Redner erklärten in der Versammlung, daß die 3000 Kriegsmatrosen der australischen Flotte nicht bei der Versammlung stehen bleiben, sondern weitergehende Schritte unternehmen würden, falls ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Am Freitag soll in Jersey Bay eine neue Sitzung des „Wohlfahrtsausschusses“ stattfinden, wo entscheidende Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Wie die „Times“ melden, ist die Regierung des australischen Dominions durch die Meuterei der Kriegsflotte aufs schwerste beunruhigt. Wie verlautet, soll der Kriegsminister unter dem Druck der kampfbereiten Matrosen bereits versprochen haben, wenigstens einen Teil der Forderungen der Flotte zu bewilligen.

Die Protestdemonstrationen der australischen Kriegsmatrosen zeigen den Grad der Erschütterung des britischen Imperiums, das von allen Seiten von Gefahren bedroht ist. Es ist bekanntlich nicht das erste Mal, daß ein Teil der britischen Flotte meutert. Vor etwa 14 Monaten erfuhr die Welt von der großen Flottenmeuterei bei Invergordon. Wird Melbourne ein zweites Invergordon werden?

Weltkongreß der I.R.S. eröffnet

Moskau, 10. November. Heute beginnt in Moskau der Weltkongreß der „Internationalen Rote Hilfe“, die auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblickt.

Von alten Bolschewiki und der Vereinigung ehemaliger politischer Verurteilter des Zarenreiches aus den kleinsten Anfängen gegründet, ist die „Rote Hilfe“ zu einer weltumspannenden Organisation geworden, die elfenhalb Millionen Mitglieder in 70 Sektionen zählt. Die gewaltige Aktion, welche die Internationale Rote Hilfe anlässlich der Ermordung von Sacco und Vanzetti geführt hat, ihre Kampagne zur Rettung von verurteilten proletarischen Revolutionären vor dem Senterbeil,

der gewaltige Erfolg, den sie in diesen Tagen im Kampfe gegen das Todesurteil an den Negernaben von Scottsboro errungen hat,

sind unauslöschlich in die Geschichte der revolutionären Arbeiterklasse eingetragen.

Gewaltig sind die Leistungen dieser Organisationen der Solidarität für die proletarischen politischen Gefangenen und ihre Angehörigen. In neun Jahren brachte sie 35 166 466 Mark für die Gefangenen in den Kerker, für ihre Familien, für politische Flüchtlinge aus den Terrorländern und für juristische Hilfeleistung auf.

Ein Antisowjetplan Lord Rothermeres

London, 10. November. Der bekannte Antisowjet-Kriegshetzer Lord Rothermere veröffentlicht in der „Daily Mail“ einen Artikel, in dem er u. a. einen Plan zur Beseitigung des Weichselkorridors vorschlägt. Der Korridor soll wieder unter deutsche Oberhoheit gestellt werden, dafür aber sollen Frankreich, England und Deutschland eine Bürgschaft für die Sicherung der polnischen Grenze gegen die Sowjetunion übernehmen. Dieser Plan gewinnt besonderes Interesse angesichts der immer deutlicher werdenden Kriegsbündnispläne des französischen und deutschen Imperialismus.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr.-Verlag, Berlin (Internationale Memoiren, Band 4).

53. Fortsetzung

„Ich habe mir etwas ausgedacht, womit die Massen zu einer Demonstration mitzureißen wären“, sagte Genosse Mikodim (Schestakow). „Man erzählt uns gerade, daß wir mit der patriotischen Stimmung der Kleinbürger rechnen müssen. Einverständnis. Da aber diese Kleinbürgerlichen Massen, die zum Wochenmarkt herkommen, sehr viel über den Krieg reden, sind sie auch fähig überzeugt, daß man japanische Gefangene in die Stadt gebracht hat. Ich schlage also vor, diesen Umstand auszunützen. In dem Augenblick, wo der Kern der Demonstration versammelt sein wird, müssen Rufe erklingen: Japaner! Japaner! Man führt Japaner! Die Massen werden ganz bestimmt zu uns stürzen und uns folgen. Die Demonstration wird also gelingen!“

Der Vorschlag wurde angenommen und Genosse Mikodim zum Organisator der Demonstration bestimmt.

In der Nacht vom 21. auf den 22. Februar schloß ich schlecht. Die Demonstration war für zehn Uhr früh bestimmt. Ich hielt es in meinem Zimmer nicht aus und ging schon um neun Uhr auf die Straße. Der frische Wind und die frohige Luft taten mir wohl. Auf einer der Straßen sah ich zwei Dutzend Soldaten sich um eine Regimentsfahne in Reih und Glied ordnen. Ich erinnere mich noch jetzt an die hellen Kommandorufe und die stramm stehenden Soldaten, deren Blicke auf den Offizier gerichtet waren. Aber am meisten erschütterte mich der Anblick eines der Passanten: er triete, augenscheinlich unter dem Ansturm religiös-patriotischer Begeisterung, mitten im Schnee vor der Fahne nieder, wie vor dem Heiligenbild.

Ich ging auf der Millijonnajastraße auf und ab. Ich hatte als einziges Mitglied des Komitees die Erlaubnis bekommen, die Demonstration von dort aus zu beobachten. Es war schon

zehn Uhr. Aber auf der Straße war noch nichts zu merken. Es kam mir sogar vor, daß besonders wenig Fußgänger zu sehen waren.

Was soll das aber? dachte ich weiter und sah auf die Uhr. Elf Uhr ist es schon und es ist auch nicht das geringste Anzeichen einer Demonstration zu merken. Ich blickte die Vorübergehenden an. Auf ihren Gesichtern sah ich nichts als Gleichgültigkeit und Ergebenheit ihrem Schicksal gegenüber.

Wahrscheinlich ist etwas Unangenehmes dazwischen gekommen, beschloß ich. Ich muß auf den Wochenmarkt gehen, um nachzuschauen, was dort los ist. Ich ging hin, überzeugt, daß die Demonstration aus irgendeinem Grund verschoben sei.

Kaum war ich auf dem Marktplatz erschienen, als ich eine wehende rote Fahne, umringt von einer kleinen Gruppe unserer Genossen erblickte. Sofort klangen mir auch die Worte des Liedes entgegen:

Steh auf, raff dich auf, du Arbeitervolk,
Verhungertes, schlag' deinen Feind!

Gleichzeitig ertönten auch Rufe: „Japaner! Japaner werden geführt!“ Die Masse stürzte instinktiv zur roten Fahne, die sich der Millijonnajastraße zu bewegte. Am Platz selbst entstand eine Unruhe. Die Händler schlossen hastig ihre Geschäfte und Euben. Einige Bauern setzten sich auf ihre Pferde, in ihre Schlitzen und jagten im Galopp aus der Stadt fort. Inzwischen liefen unsere organisierten Arbeiter an mir vorbei.

„Nieder mit der Selbstherrschafft!“ schrie einer von ihnen.
„Nieder mit dem Krieg! Hoch der Sozialismus!“

Anwillkürlich stürzte ich den Genossen nach. Doch einige Augenblicke später flutete die ganze Masse zurück auf den Marktplatz. Es stellte sich später heraus, daß aus der Richtung der Millijonnajastraße ganz zufällig eine Abteilung heramarschierte.

Auf dem Marktplatz rannten indessen die Händlerinnen, wie vom Gewitter aufgeschreckte Hennen hin und her. Auf der Erde wälzten sich in der Eile ausgeschüttete Sonnenblumenkerne, Nüsse, Äpfel. Ein Teil der Bauern spannte eilig die Pferde vor die Schlitzen. Einige hoben die auf dem Schnee liegenden Flugzettel auf.

„Was ist los?“ fragte ein Passant. „Was wollen die Leute?“

„Sie schreien: Nieder mit dem Zaren. Wie kann man aber ohne Zaren existieren? Das war doch noch niemals dagewesen!“ sagten die anderen.

Verhaftung

Als ich sah, daß die Demonstration zu Ende war, daß die Genossen auseinanderliefen und die rote Fahne nicht mehr über ihren Köpfen wehte, auf dem Platz aber Soldaten und Polizei erschienen, bog ich in eine dunkle Nebenstraße ein. Im selben Augenblick spürte ich aber, wie eine Hand sich auf meine Schulter legte. Eine Stimme rief mir ins Ohr:

„Halt! Sie sind verhaftet!“

Ich drehte mich um und erblickte einen Mann in Zivil. Er hielt mich fest am Arm. Einige Polizisten kamen ihm zu Hilfe. Es war schon zwölf Uhr, als man mich auf einem Wagen, dem wir begegneten, in das Hauptrevier brachte. Dort stand schon eine Gruppe von vierzehn Mann, Genossen und zufällig Verhaftete. Drei Spigel ordneten die auf dem Marktplatz verteilten Flugzettel: „Für wen stirbt ein russischer Soldat?“ „An das russische Proletariat!“ „Was verlangen die Arbeiter der Morosow-Fabrik?“ „An die Genossen!“ Sie legten sie auf den Tisch. Ich hatte den Eindruck, als ob sie nicht nur vor dem Polizeichef den Anschein erwecken wollten, daß sie die Flugblätter nicht lesen, sondern, daß sie sie tatsächlich mit so großer Angst berührten, als sei es etwas, woran man sich verbrennen, wozu man sich antekken könnte. Auf ihren Gesichtern spiegelte sich fürchtbares Entsetzen, sie meinten wohl das bloße Berühren dieser „verbrecherischen“ Flugzettel genüge, um sie mit dem „verbrecherischen Inhalt“ zu infizieren und ihnen leidenschaftliche Liebe für die Revolution einzuspflanzen. Ich hörte, wie einer von ihnen, als er einen Flugzettel in die Hand nahm, erschrocken betete: „Gelobt sei Jesus Christus“, da der Flugzettel einen „böswilligen Angriff auf die Oberste Macht und einen Aufruf zur Niederwerfung der Selbstherrschafft!“ enthielt.

„Sag einmal“, fragte einer der Polizeioffiziere einen Spigel, auf mich zeigend, „war das der Mann, der die rote Fahne voran trug, die verbrecherischen Flugzettel verteilte und „Nieder mit der Selbstherrschafft!“ schrie?“

„Zu Befehl, Euer Wohlgeboren, er war es, der die rote Fahne trug, die Flugzettel unter dem Volk verteilte und freche Worte gegen seine Majestät unseren Zaren schrie. Er schrie: „Nieder mit der Selbstherrschafft!““

„Das ist eine unverkennbare Lüge!“ rief ich. „Sie scheinen zu vergessen, daß Aussagen eines Spigels ungültig sind.“

(Fortsetzung folgt)

20000 Mark vom Tisch der Hungernden . . .

Wiesenberg. Fast alle Gemeinden erlitten heute in den Wohlfahrtsarbeiten und sind gezwungen, den Wohlhabendsten zu erheben. Und in Wiesenberg, der höchstgelegenen Stadt Preussens. Hier konnten laut Geschäftsbericht des Bürgermeisters Dr. Glüdemann noch 20000 Mark eingeholt werden. Der wurden 20000 Mark an die Wohlfahrtsämter nicht ausbezahlt? Warum? Weil es den Armen zu gut geht, und sie nicht brauchen an Nahrung und Kleidung, oder etwa, weil sie hier von Göttergünst und göttlicher Hilfe leben? Nein, deshalb nicht! Einzig und allein weil man glaubt, damit den Vorkriegs des heutigen Systems auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben zu können. Als die treuen Träger dieses verrotteten Systems erwachen sich auch hier, wie immer, wieder die Sozialdemokraten. Ausgerechnet unter dem Vorwand eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsbelegens, Herrn Ketter 24.11.17, wurden diese 20000 Mark den Armen vorenthalten, trotzdem Hunderte, ja Tausende von Kindern auf Vorschlag von Schülern abgeholt wurden, trotzdem Kinder, weil es ihnen an Bekleidung fehlt, die Schule nicht besuchen können. Dieser Beweis muß jenen Arbeiter erkennen lassen, daß nicht die Eisene Front, sondern einzig und allein die große rote Einheitsfront für sie eintritt.

Tintenkuhl der „Bergwacht“

Stinggrund. Am Freitagabend hatte unsere junge Ortsgruppe in einer öffentlichen Versammlung aufgerufen. Anwesend waren etwa 100 Teilnehmer. Als Redner war der Auglanddelegierte Genosse Hertel, Weicheln, erschienen. Gen. Hertel sprach in vorzüglicher Weise über seine Erlebnisse in der Sowjetunion. Den anwesenden „Eisernen“ waren seine Ausführungen in die Krone geföhren, weil sie durch jeden seiner schlagenden Beweise ständig an ihre Verratspolitik erinnert wurden. Ihr Diskussionsführer fühlte sich bemüht, diese Politik noch zu verteidigen. Genosse Hertel setzte sich mit ihm in sachlicher Weise auseinander. Für uns war die Versammlung ein voller Erfolg. Am nächsten Tage aber schrieb die „Bergwacht“ unter der Überschrift: „Kommunistische Pleite!“ Genoss 16 Zuhörer seien erschienen. An Hand der Einnahmen können wir versichern, daß der Berichterstatter sich gewaltig geirrt hat. Weiter muß man sich fragen, ob Stinggrund in Innerafrika liegt. Der Schreiber behauptet nämlich, der 5. Jahrsplan wäre „ins Wasser gefallen.“ Dabei weiß jeder Mensch, der sich für Sowjetrußland ein bisschen interessiert, daß der zweite Plan bereits siegreich in Angriff genommen wurde. Wenn der Tintenkuhl in seinem Schlußsatz behauptet: „Wir können keinen Momentpost gewinnen.“ so wollen wir ihm nur entgegen: Die Momentpost überlassen wir der SPD. In unseren Reihen finden sich ehrliche Kämpfer für den Sozialismus. Jeder, der gewillt ist, den revolutionären Weg aus der Krise zu beschreiten, soll uns willkommen sein. Wir werden den sich dort breit machenden Dilettanten einen wirksamen Damm entgegensetzen. Was

der SPD nicht gelang, wird uns gelingen. Das beweist der Stimmenumfang von über 50 Prozent, den die SPD zu verzeichnen hat.

Mit 100 Mark die Ehre eines Gemeindevorsethers gerettet

Wollenthalb. Vor den Schranken des Wollenthaler Klassengerichts stand am Donnerstag unter Genossin Hiller wegen Vergehen gegen die Beamten-Neuverordnung, im April dieses Jahres stellte er in einer öffentlichen Einwohnerversammlung in Gräbels den dortigen Gemeindevorsetzer beleidigt haben. Damals forderten mehr als zwei Drittel der dortigen Wählerchaft durch ebenfalls unterschrieben die Auflösung des Gemeindeparsaments und die Entferrnung des Gemeindevorsethers. Eine Fülle von Material nach dem der Gemeindevorsetzer seine Befugnisse überschritten hatte, wurde von den Versammelten unserem Kreisstadtschreiber Genossin Hiller übergeben, der dann in der Versammlung die ichofie Verhandlung dieses Beamten und seiner Getreuen brandmarkte und den Weg zur Freiheit aufzeigte. Der anwesende Landjäger Kötter, der in der Versammlung schon sehr provozierend auftrat, stellte nun Behauptungen auf, die Genossin Hiller in seinem Referat garnicht gebraucht hatte. Man zerrte Gen. H. deshalb jetzt vor den Kadi, wo der Landjäger seine Behauptungen wiederholte. Der Anwaltschaft beantragte, um die Ehre dieses Gemeindevorsethers, die durch einen Kommunisten erschüttert worden ist, wieder herzustellen, 100 Mark Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis, ein Antrag des Gen. Hiller auf Vertagung und Ladung von Zeugen, die in der Versammlung waren, wurde abgelehnt. Das Gericht verurteilte den Gen. Hiller zu 50 Mk. oder 10 Tagen Gefängnis. Täglich werden revolutionäre Arbeiter in hohen Zirkeln verurteilt. Doch gemacht ihr Herren, bald wird die wertvolle Waack die Richter Stühle besetzen.

Liebig-Theater. Nach dem schmalzigen Gastspiel Terpes' Oratorium zeigt die Liebig-Theater wieder Varietè in bester Vollendung. Als Konkurrenz etabliert sich diesmal Fred Berger, der trotz der allseitig schlechten Kritik sehr gute Pointen bringt. Die 3 Wotans zeigen Indianerrevue. Die drei von der Gasse sind Parodien. Cecilia bleibt auch nach dem Auftreten das ungeliebte Rätsel. Während dem Ganzen des Programms das russische Ballett Tamar Led einnimmt, sind jedoch die beste Nummer die 5 Jtalo-Boys. 5 Jtalo-Boys sind heute internationale Klasse. Liebig-Wache bildet den Abschluß des Programms. Bei Schluß schwingt wie immer den Taktped.

Proleton-Wochenprogramm. Varietè, Kabarett, Tonfilm-Programm: „Wollenthalb“. Ein lebhaft zusammengestelltes Programm zeigt am Freitag des Arbeiterzentrums Proleton, Gabelstraße 20. Varietè-Kabarett-Tonfilm. „Flimmerich als Portier“ leitet als erste Bühnennummer das Programm ein. 2 Tomalls, Gummigut als schwingenden Tropfen, als zweite Nummer, werden die ersten Spannungen. Ein gutes Kabarett-Programm folgt für den Humor und leitet in das Filmprogramm über. „Wollenthalb“, das ist ein Liebigfilm. Ein Meisterwerk an sich und ein Meisterwerk der Propaganda. Man sieht ein Flugzeugmutterstück von gigantischem Ausmaß, von dem aus die Flugzeuge starten und landen, man sieht gleichzeitig drei Zeppeline, um die herum in atemberaubenden Kapriolen sich die Apparate tummeln. Man sieht die Vernichtung

zweiter alter Kreuzer durch Fliegerbomben und die großen Kaffee der Schiffschiffe, und kann das Grawen erkennen, das im Ernstfall sich aus jedem Eierlegen und Wirkungsflächen ergibt. Gleichzeitig wird jedoch bewiesen, daß der uralte Menschheitsstraum, die Luft den Menschen untertan zu machen, in Erfüllung gegangen ist. Für viele wird dieser Film ein Erlebnis werden, geht hin, es ist nicht zu viel gesagt.

Ein Wort an die Rheumatiker. Sie haben vielleicht schon alles mögliche verucht, ohne daß Sie Ihre quälenden Schmerzen loswerden konnten. Tropfen ist auch für Sie kein Grund vorhanden zu verweilen. Machen Sie noch heute einen Versuch mit den prominenten, schmerzstillenden Togat-Tabletten. Togat löst die Painsäure, das verheerende Selbstgift des menschlichen Körpers. Nicht weniger als 6000 Verzte haben sich in höchst anerkannter Weise über die gute Wirkung des Togat ausgesprochen.

Winterhilfe der Firma Tieg

Die Firma Leonhard Tieg AG. hat sich auch für diesen Winter wieder bereit erklärt, 10 erwerbslosen Schülern des städtischen Fürjorgeamtes in der Kantine ihres hiesigen Kaufhauses, Ohlauer Straße 71/73, wochentäglich eine Mittagsmahlzeit zu geben. Auf besonderen Wunsch der Firma werden auf die Dauer von 4 Wochen täglich dieselben Personen und dann nach Ablauf dieser Zeit zehn andere Erwerbslose gespeist werden. Außerdem verabreicht die Firma an circa 10 bedürftige Angestellte ihres Hauses täglich eine Mittagsmahlzeit, so daß im Laufe des Winters circa 200 Bedürftige gespeist werden.

PROLETON Tonfilmbühne

Gabelstraße 20
Höfchenstraße 19

Ab Freitag, den 11. 11. bis Donnerstag, den 17. 11.

Varietè-Kabarett-Tonfilm-Programm

Auf der Bühne:

1. **Flimmerich als Portier**
 2. **Dewalls** Gymnastik am schwingenden Trapez
- Kabarett-Programm und**
Wallace Beery, Clark Gable in
Wolkensürmer

Dieser Film fand allseitigen Pressebeifall: „Berliner Tageblatt“: Ein Rekord der Kamerakunst, eine darstellerische Leistung ersten Ranges — „Vorwärts“: Eine phantastische, großartige Reklame der amerikanischen Kriegsmarine — „Rote Fahne“: Ganze Geschwader von Kriegsmaschinen zeigen unerhörte Leistungen

Neueste Tonwochenschau-Tonbelprogramm
Erste Vorstellung 4,30 Uhr, letzte Vorstellung 8,15 Uhr

Sonntag-Nachmittag: Kinder-Vorstellung
„Hille! Polizei“ und **Tonbelprogramm**
Arbeiter-Sport-Kartell

Kämpft mit der Roten Hilfe gegen Sondergerichte!

WERTHEIM

Breslau Tauentzienplatz

Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat. Leicht verderbliche Lebensmittel werden nicht zugesandt

Frisches Fleisch		Kolonialwaren	
Kalbshamm Pfd. 0.48		Vollreis, Bohnen . . . Pfd. 0.12	
Kalbshorst und Rücken Pfd. 0.58		Glasreis, Linsen . . . Pfd. 0.15	
Suppenfleisch Pfd. 0.42		Weizenmehl Pfd. 0.18	
Gehacktes Pfd. 0.48		Auszugsmehl Pfd. 0.16	
Gulasch Pfd. 0.58		Haferflocken Pfd. 0.18	
Schmorfleisch ohne Knochen Pfd. 0.62		Eier-Schnittnudeln . Pfd. 0.36	
		Backobst gemischt Pfd. an 0.29	
Wurstwaren		Käse, Fette	
Schinken, gekocht 1/2 Pfd. 0.34		Camembert, vollfett Stück 0.22	
Blut- und Leberwurst Pfd. 0.54		Limburger o. Rinde Pfd. 0.44	
Süzwurst Pfd. 0.68		Tilsiter, vollfett . . . Pfd. 0.68	
Braunschweiger Art Pfd. 0.92		Griebschmalz Pfd. 0.64	
Berliner Mettwurst Pfd. an 0.92		Margarine 3 Pfd. 0.80	
Leberwurst, Hausm. Pfd. 1.04		Tafelbutter Pfd. 1.36	
Räucherwaren		Röstkaffee	
Bücklinge Pfd. 0.26		Korn- u. Gersten, gebr. Pfd. 0.16	
Makrelen Pfd. 0.38		Röstkaffee, frisch 1/4 Pfd. 0.45	
Ostseesprotten . . . Pfd. 0.44		Proben-Röstkaffee 1/4 Pfd. 0.57	
Räucherschotten 2 Stück 0.15		Kakao A. W. Pfd. 0.58	
Wild, Geflügel		Konserven	
Wild-Ragout Pfd. 0.32		Karotten, geschn. 1/4 Dos. 0.29	
Hirscheule und Rücken Pfd. 0.78		Spinat, Kohlrabi 1/2 Dos. 0.34	
Rehblättchen Pfd. 0.78		Leipzig Allerlei mit getrockn. Erbsen 1/4 D. 0.37	
Wildes Kaninchen Pfd. 1.58		Junge Schnittbohnen 1/4 D. 0.44	
		Frischfrucht-Marm. 2-Pfd.-E. 0.69	
Obst		Spirituosen, 1/2 Ltr. Fl. m. Glas	
Zitronen Dutzend 0.39		Feinst-Breslauer, ca. 25% 1.40	
Salem Klosteräpfel Pfd. 0.24		Tafel-Kümmel, ca. 30% 2.25	
Neue Haselnußkerne . Pfd. 0.68		Stansdorfer, Curacao 30% 2.35	

Kokosfett .88 3 Pfund
Räucherspeck .84 Pfund an

Billiges Fleisch-Angebot!

Schweinebauch m. B. Pfd. 0.65 Mk.	
Schäfer m. B. Pfd. 0.74 Mk.	
Schappbraten m. B. Pfd. 0.76 Mk.	
Koteletten Pfd. 0.85 Mk.	
Schmorfleisch o. Knöch. . Pfd. 0.65 u. 0.75 Mk.	
Reisgulasch Pfd. 0.75 Mk.	
Gulasch Pfd. 0.50 Mk.	
Gehacktes (zum Braten) . Pfd. 0.45 Mk.	
Kalbshamm m. Kn. Pfd. 0.58 u. 0.65 Mk.	
Kalbshorst o. Kn. Pfd. 0.90 u. 1.- Mk.	

Adolf Weiß Breslau 18 Hofstraße 13
Fernruf 45609

Paul Simon

Schwarzwalda, Bez. Landeshut

Achtung Bastler!

Leisten aller Art, Tischfüße, Stuhlfüße, Möbelbeschläge, Polituren, Lacke, Sperrholz-Ausschnitt usw.
kaufen Sie am billigsten im Spezialhaus
Oswald Klotz
Breslau, Neumarkt 37

Bundleibhaus Grundmann

Breslau, Trebnitzer Str. 21
Belebung u. Anzüge, Hüte und Schmuckstücke

Zimmerer-Hosen
schwarz und grau
Manch. mit u. ohne
Schnitt 11.-, 8.60
6.50, 5.90
A. Malinowicz
Klosterstr. 23

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Massenaufgaben
in Flach- und
Rotationsdruck
preiswert

FORTSCHRITT
AG. FILIALE BRESLAU
Trebnitzer Str. 50
Telephon 46455

Inserate
haben in
unserer Zeitung
**guten
Erfolg**

Capitol Strehlen
Von Freitag bis Montag
W. 6.45, 9, Sonntag 3, letzte Vorst. 9 Uhr
Der schwarze Husar
mit Madu Christian
Conrad Veidt - Wolf Albert-Retty

Drogen, Farben, Photo
+ Bornbusch-Drogerie +
Liegnitz, Jauerstraße 68

P. Gruber
Schweidnitz, Hohstr. 15
Damenputzgeschäft und Hutgeschäft

**Eri-Präparate zur
Schuhpflege**

Hübsch, Modell
in schw. Velour-
leder m. moder-
ner Verzierung
4.45
Auch Strümpfe
gut und billig

Besonders billiges Angebot
in
Teppichen, Brücken, Vorlägen, Läufern
Gardinen, Tisch- und Diwan-Decken
Dekorations-Stoffen
Vogtländischer Gardinenvertrieb
Bertha Heinrich
Liegnitz, Mittelstr. Nr. 47

Kauft nur bei unseren Inferenten
Billige Fisch-Woche
Fett-Bücklinge . . . Pfd. 23 Pfg.
Fett-Schotten 10 Stück 38 Pfg.
„Hartuna“ Liegnitz

Sonder-Angebote
vom 11. bis 21. November
Warmer Umschlageschuh
mit Filz- und Ledersohle.
36-42 1.18; 31-35 **98 Pf.**
Ueberstiefel für Damen
in braun oder schwarz ge-
rippt Gumm mit 4 Knöpfen **3.65**
Kräftiger Knabenstiefel
für Schule und Straße.
34-35 5.45; 31-33 4.85;
29-30 4.45; 27-28 **3.85**
Praktisch. Herrenstiefel
in schwarz Rindbox **5.85**
Dto. mit Zwischenschle 6.85

Jetzt alles zu Tackr
Breslau Ohlauer Straße 15, Fernspr. 56160
Reuschestraße 47/48, Fernspr. 27420
Weitere Verkaufsstellen befinden sich in Schlesien in:
Bautzen, Gletwitz, Glogau, Görlitz, Grünberg, Hindenburg, Hirschberg,
Liegnitz, Neisse, Oppeln, Ratibor, Schweidnitz, Waldenburg

Jämmerliche Betrugssrede Löbes zum 9. November

Ullstein und Hugenberg loben Löbe und den „Vorwärts“

Löbe hielt vom holländischen Rundfunksender Olyversum aus eine Rede zum 9. November; ein jämmerliches Kapitulantengefammel gegenüber der Papen-Diktatur und ein frecher antimarxistischer Betrug gegenüber den Arbeitermassen.

Löbe wagte es, den 9. November 1918 als „Grenzlinie zwischen zwei Geschichtsperioden... Durchbruch zur demokratischen Freiheit und zum Sozialismus“ zu bezeichnen. So versuchte er, zu vernebeln, daß auch nach dem November 1918 dank der Sozialdemokratie das kapitalistische Ausbeutersystem, die Herrschaft der Kapitalistenklasse, erhalten blieb. Nun ist diese Tatsache doch zu offenbar, und so erklärte Löbe, um sie abzuschwächen:

„Freilich blieben diese Errungenschaften hinter den Erwartungen zurück, die in sozialistischen Kreisen in der ersten verheißungsvollen Periode der Revolution gehegt wurden. Hier bewahrheitete sich aber in schlagender Weise der Satz, den unser Altmeister Karl Kautsky schon 1902 in seinen Vorträgen in Amsterdam und später in seiner Broschüre über die soziale Revolution geprägt hatte: Daß eine Revolution, die aus einem kriegerischen Zusammenbruch entsteht, so stark mit anderen ihr fernliegenden Dingen belastet wird, daß sie ihre ureigensten Ziele nur in sehr beschränktem Maße zu verwirklichen vermag.“

Wertwürdig, Herr Löbe, daß die Oktoberrevolution in Rußland, die auch „einem kriegerischen Zusammenbruch“ gefolgt ist, keineswegs mit „fernliegenden Dingen belastet“ ist. Wertwürdig, Herr Löbe, daß in Deutschland infolge der Politik der Sozialdemokratie der Kapitalismus gerettet und gestärkt wurde, während in Rußland dank der Politik der Kommunisten der Zarismus und Kapitalismus gestürzt, die proletarische Diktatur errichtet und die proletarische Demokratie verwirklicht wurde und in gigantischem Aufstieg der Sozialismus aufgebaut wird!

Löbe schwindelte dann, daß in Deutschland „ein allmählicher Aufstieg“ erfolgt sei. Ob er damit die Inflation, den Laves- und

Young-Plan, die Rationalisierung, den Sozialabbau und die Verfolgung der Arbeiterbewegung meint, läßt er dunkel bleiben und magt es, ganz allgemein zu schwindeln:

„Dieser allmähliche Aufstieg währte etwa bis zum Jahre 1929/30, und sein Ergebnis war, daß man von einem Durchbruch des proletarischen Deutschlands zur demokratischen Freiheit und zum schöpferischen sozialistischen Aufbau sprechen konnte... In dieser Entwicklungslinie ist in den letzten Jahren und namentlich seit dem Frühjahr dieses Jahres ein empfindlicher Rückschlag eingetreten.“

Unter Mäler mit seinen Panzerkreuzern statt Kinderpeisung und unter Bränning mit seinen Hunger- und Unterdrückungsverordnungen kam also „Freiheit und sozialistischer Aufbau“ in Deutschland. Erst im Frühjahr 1932 wurde plötzlich Elend und Faschismus daraus! Uebrigens hat die SPD, ja auch nach dem Frühjahr bis heute das Kapital und Papen unterstützt, wie es der 20. Juli und der Berliner Verkehrsstreik beweisen!

Bezeichnenderweise schreibt die „Vossische Zeitung“ zur Rede Löbes:

„Löbes Rede hielt sich von allen radikalen Ueberspitzungen frei, so daß die holländische Funkgesellschaft es sicher nicht bereut haben wird, ihm ihre Gastfreundschaft gewährt zu haben.“

Und das Bild rundet sich ab, wenn man noch feststellt, was der Hugenbergische „Sozial-Anzeiger“ (vom 10. November) die 9. November-Nummer des „Vorwärts“ lobt:

„Der „Vorwärts“ macht den Eindruck, als ob ihm etwas bämmerte... Ein Fortschritt...“

Das Lob der Bourgeoisie von Ullstein bis Hugenberg zeigt erneut den sozialdemokratischen Arbeitern, daß sie den Kampf gegen Hunger und Faschismus, gegen Entrechtung und Papen-Diktatur nur ohne und gegen die Löbe u. Co. führen können. Nur in der proletarischen Einheitsfrontaktion an der Seite der Kommunisten.



Erwerbslose DMV.-Kollegen und der bevorstehende Metallarbeiterkampf

Breslau, 11. November. Gestern vormittag fand im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der erwerbslosen Mitglieder des DMV. statt. In dieser Versammlung sprach Siegler ganze zwanzig Minuten über Tariflähne und Arbeitslosenversicherung. Er erging sich hierbei in allgemeinen Phrasen, ohne konkret zu den Aufgaben der erwerbslosen Metallarbeiter Stellung zu nehmen, insbesondere nicht für die Breslauer Betriebskollegen neuer Lohnabbau droht und für die erwerbslosen Kollegen die Frage der Solidarität stellt. Mit der alten Phrase, „das Trennende zurückstellen, um der Einheit willen“, wollte er die sich hart bemerkbar machende revolutionäre Kampfstimmung abbiegen. Eine Diskussion wurde nicht zugelassen. Ein Kollege, der sich zur Geschäftsordnung meldete und die Unveranbarkeit einer neuen Versammlung forderte, um die Frage der Solidarität im bevorstehenden Breslauer Metallarbeiterkampf zu behandeln, wurde abgemürgt. Es wurde nachher ein Spionagefilm gegeben, der den Unwillen eines großen Teiles der Versammlung hervorrief.

Auch hier in Breslau verflucht die DMV.-Bürokratie mit dem DMV-Mann Siegler an der Spitze, die Kollegen von ihren eigentlichen Kampfaufgaben abzulenken. Die Kollegen können diese Taktik dadurch durchkreuzen, daß sie sich hinter die revolutionäre Gewerkschaftsopposition stellen, die die mobilisierende und organisierte Kraft zur Schaffung der roten Einheitsfront ist. Die Einzel die die Bürokratie predigt, soll verhindern die Auslösung der Kämpfe um Lohn und Brot.

Nazikrawalle in der Breslauer Universität

Breslau, 11. November. In der Breslauer Universität ereigneten sich gestern vormittag Nazikrawalle, über die die Pressestelle der Universität folgenden Bericht ausgibt:

„Bei der heutigen Vorlesung des auf Vorschlag der juristischen Fakultät auf den Lehrstuhl für Bürgerliches und Handelsrecht berufenen Prof. Dr. Ernst Cohn kam es, nachdem in seinem geistigen Praktikum völlige Ruhe geherrscht hatte, zu offenbar von langer Hand vorbereiteten Störungen. Dadurch sah sich Prof. C. genötigt, vorübergehend den Hörsaal zu verlassen. Er kehrte darauf in Begleitung des Rektors zurück, der nach einem vergeblichen Hinweis auf das Hausrecht zur Sicherung des Verkehrs auf dem überfüllten Korridor polizeiliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Darauf räumten die nicht zum Hören der Vorlesung Erschienenen das Auditorium, und Prof. C. konnte seine Vorlesung zu Ende halten. — Bei der zweiten Vorlesung um 11 Uhr wiederholten sich diese Vorkälle in verstärktem Maße, so daß schließlich wiederum die Polizei, die inzwischen zur Hilfe herbeigekommen war, die Ruhestörer aus dem Hörsaal und aus dem Hörsaal entfernen mußte. Dann konnte Prof. C. seine Vorlesung durchführen. Bei den Räumungen wurde kein Widerstand geleistet.“

Die nationalsozialistischen Studenten hatten bereits seit langem gedroht, die Vorlesungen des Professors Dr. Ernst Cohn zu stören. Dieses Verbrechen haben sie gestern wahr gemacht. Als Professor Dr. Cohn um 9.15 Uhr den Hörsaal betrat, um seine Antrittsvorlesung zu halten, war der Hörsaal überfüllt. Bevor Dr. Cohn noch ein Wort sagen konnte, legte ein Pfeifenkonzert und wildes Gähnen ein. „Juden raus“ und „Deutschland, erwache“ wurde gerufen und schließlich mit dem Abhängen von Säcken begonnen. Professor Cohn holte den Rektor herbei, der versuchte zu beruhigen versuchte. Es blieb ihm schließlich nichts weiter übrig, als das Ueberfallkommando zu alarmieren, das den Hörsaal und dann auch den überfüllten Korridor räumte. Professor Cohn setzte nach der Entfernung der Ruhestörer seine Vorlesung fort, was die Drohanschreien zu den Russen veranlaßte: „Die Juden sind unter sich.“

Um 11.15 Uhr, bei Beginn der zweiten Vorlesung des Professors Cohn, begannen die Tumulten von neuem. Dr. Cohn wurde wieder mit Rufen „Juden raus!“ und „Wir sind eine deutsche Universität“ empfangen. Diesmal blieben die meisten Ruhestörer auf dem Korridor vor dem Hörsaal. In kurzen Abständen brüllten sie „Deutschland, erwache“, „Hitl“, „Juden raus“ und ähnliche Scherze. In die Vorlesung riefen sie zu hören, rissen sie von Zeit zu Zeit die Tür auf, schrien hinein und sangen schließlich Lieder. Um 11.30 Uhr erschien ein Polizeioffizier, der zunächst vergeblich versuchte, sich Gehör

zu verschaffen. Man sang erst ein Lied zu Ende. Der Offizier suchte die Räummacher im Gütlichen zum Verlassen des Korridors zu überreden. Als das nichts nützte, mußte er wieder ein Polizeikommando einziehen, das die Ruhestörer nach beiden Seiten abdrängte. Unter dem Gelächern von „Deutschland, Deutschland über alles“ und dem SA-Lied gegen sie sich langsam zurück.

Sollten sich die Nationalsozialisten am Morgen auf das Universitätsgebäude beschränkt, so würden nach dem zweiten Eingreifen die Unruhen auch auf die Straße getragen.

Der Polizeioffizier hatte nicht den Pech gehabt, diese nationalsozialistischen Kämpfer auseinanderzutreiben, wie das bei Anläufen antifaunistischer Arbeiterkraft gleich immer der Fall ist. Er hielt sogar eine kleine Ansprache an die Anwesenden, die die „Einheit“ Deutschlands durchzuführen wolle.

Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß sich die Studentenkrawalle heute morgen bei den weiteren Vorlesungen des Professors Cohn fortsetzen. Man plant in diesem Fall die Schließung der Universität.

Bracht gegen die 15-Jahresfeier der Sowjetunion

Alle verboten! Arbeiter, kämpft um Versammlungsfreiheit!

Auf die Beschwerde der kommunistischen Landtagsfraktion wegen des generellen Verbots aller Veranstaltungen zur Feier des fünfzigsten Jahrestages der russischen Revolution hat der Reichskommissar Bracht folgende Antwort erteilt:

„Auf Ihr Schreiben vom 24. Oktober 1932 erwidere ich ergebenst, daß es sich nicht lediglich um Veranstaltungen zur Erinnerung an den 15. Jahrestag der russischen Revolution handelt; in diesen Feiern soll vielmehr die russische Revolution als Vorbild für den revolutionären Kampf in Deutschland verherrlicht werden; es ist daher zu erwarten, daß mit den Feiern staatsfeindliche Ausgebungen gegen die Regierung und für einen gewaltsamen Umsturz verbunden werden. Die Veranstaltungen sind daher auf Grund des § 1, Absatz 2 der VO. des Reichsministers des Innern vom 28. 6. 32 verboten worden. Diese Maßnahme bedeutet weder eine unbegründete noch eine unzulässige Beeinträchtigung des Versammlungsrechts.“

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt: gez. Dr. Bracht.“

Das ist eine unerhörte Begründung für eine ungeheuerliche Maßnahme. Jeder Arbeiter sieht, es geht um die Versammlungsfreiheit der Arbeiterklasse. Sagt jedem Klassenengenossen, wie und unter welcher Begründung proletarische Versammlungen verboten werden, räumt alle auf, um die elementarsten Freiheiten der Arbeiter zurückzuerobern. Der zur Einheitsfront, die gegen Kapitaloffensive und faschistische Reaktion kämpft!

Disziplinarverfahren gegen den Genossen Geppert

Sagan. Am 4. November wurde der Genosse Geppert in das Dienstzimmer des Ersten Bürgermeisters Dr. Kalbe gebeten. Der Magistratsbegegnung erklärte dem Genossen Geppert folgendes: „Sie haben in der „Arbeiter-Zeitung“ einen Artikel erscheinen lassen. Der Antrag der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion betreffend Erhöhung des Wertes der Brotkarte von 52 auf 60 Pfennig, damit die Brotkartenempfänger auf jede Karte ein vollwertiges Brot erhalten, stammt nur von ihnen. Schon des öfteren sind vertrauliche Angelegenheiten aus dem Magistrat an die Öffentlichkeit gelangt, die nur von ihnen sein können.“ Der Genosse Geppert unterschrieb eine Erklärung, die bejaht, daß er nicht der Artikelschreiber ist. Der Bürgermeister kündigte darauf ein Disziplinarverfahren beim Regierungspräsidenten in Liegnitz an. Darauf erklärte Geppert, das könne er — der Bürgermeister — halten wie er wolle, und verließ das Zimmer des Stadtoberhauptes. In dem betreffenden Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ wurde festgestellt, daß der Genosse Geppert als einziger für die Erhöhung des Wertes der Brotkarte gestimmt habe. Aus dem Vorgehen des Bürgermeisters kann man nur entnehmen, daß das Disziplinarverfahren von der SPD, deren schändliches Treiben aufgedeckt wurde, veranlaßt worden ist. Die werttätige Bevölkerung von Sagan kann aus diesem Vorgehen ersehen, daß ihre Interessen in Wirklichkeit nur von dem Vertreter der SPD gemahrt werden. Aus diesem Grunde das Disziplinarverfahren gegen diesen. Die Werttätigen Sagens müssen dagegen härtesten Protest erheben.

Neuer Prozeß gegen die Bombenleger-SA in Görlitz

25 SA-Leute und -Führer in Haft — 41 SA-Attentate im Görlitzer Bezirk kommen zur Verhandlung — Verantwortlich für die Attentate ist Fememörder Heines und sein Stab

Görlitz. Am 21. November wird voraussichtlich der zweite große Prozeß vor dem Sondergericht in Görlitz gegen die schlesische Bombenleger-SA stattfinden. Im Görlitzer Unterungesängnis befinden sich bereits 25 SA-Leute, darunter die Anzahl SA-Führer, in Haft. Zwei an den Terrorakten beteiligte SA-Leute sind flüchtig. Im Görlitzer Bezirk wurden im Anschluß an die Wahlen vom 31. Juli nicht weniger als 41 Attentate an die SA ausgeführt. Bei der Verhandlung in Görlitz am 21. November soll über die Anschuldigung in Benzig O.L., Sohra, Pörsdorf, Alt-Kohlfurt, Kauscha und in Kies-Weinmühle abgeurteilt werden.

Der Verlauf des Prozesses in Schweidnitz brachte einwandlos die Beweise dafür, daß die gesamten Attentate in Schlesien von zentraler Stelle aus organisiert und vorbereitet wurden. Die zentrale Stelle, die der Fememörder Heines den Bombenlegern zuordnet, zeigt, daß diese zentrale Stelle nur der Gruppenführer SA, Fememörder Heines, und sein Stab sein kann. Durch seine Anweisung wurden die verstreuten beteiligten SA-Leute zu den Mittergutsbesitzern abkommandiert, um diese vor der Verhaftung

zu schützen bzw. ihnen ein Alibi zu verschaffen. Der Antrag des Staatsanwalts bei dem Schweidnitzer Prozeß, den Fememörder Heines zu nur zehn Monaten Gefängnis zu verurteilen, zeigt deutlich, daß die Klassenjustiz kein Interesse an der schärfsten Verfolgung der Verantwortlichen an den Terrorakten in Schlesien hat.

Die Klassenjustiz richtet im Auftrag der herrschenden kapitalistischen Klasse. Die von der SA. ausgeführten Attentate richteten sich ausschließlich gegen sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter, gegen die antifaschistisch eingestellten Werttätigen. Damit lagen sie im Interesse der kapitalistischen Herrschaft.

Dementsprechend wird das Klassengericht auch ein mildes Urteil im Gegensatz zu den schweren Urteilen gegen antifaschistische Arbeiter fällen. Die Arbeiterklasse muß aus diesen Prozessen gegen die Bombenleger-SA. die Lehre ziehen, daß nur durch die gemeinsame antifaschistische Aktion der faschistische Terror, daß nur im schärfsten Kampf mit der Roten Hilfe die Terrorurteile der Klassenjustiz gegen antifaschistische Arbeiter gebrochen werden können.

Weiße Zähne: Chlorodont!

RUND UM DEN ERDBALL

Kasernen, Flugfelder, Festungen

Hunger und gesteigerte Ausbeutung im „Dritten Reich“ — Bericht von einer Italienreise

Kaum hat der Zug die Brennerhöhe überwunden, und schon umfängt uns jene Atmosphäre des Faschismus, durch die man förmlich die Argusblinde und gespitzten Ohren des ausgebreiteten Spindelbündels lauern sieht. Der Zollbeamte legt weit weniger Augenmerk auf die eventuell zollpflichtigen Gegenstände als auf jedes Blättchen Papier. Selbst die Schuhe, die in Zeitungspapier eingewickelt sind, werden auspackt und die Zeitung einer strengen Kontrolle unterworfen. Der Koffer wird noch einmal abgeklippt — vielleicht ist er einer von jenen berichtigten mit doppeltem Boden? Jetzt erscheint der Passkontrolleur, der sich auf einem Blatt Papier sorgfältig die genauen Daten eines jeden Einreisenden aufnotiert. Kaum hat sich der Zug wieder in Bewegung gesetzt, und schon verlangt der Schaffner in Begleitung eines faschistischen Geheimbeamten die Fahrkarte. Der Geheimbeamte mißt jeden der Einreisenden mit einem langen Blick, dem man später in Italien immer wieder begegnen wird.

Aber noch eins ist uns schon in der ersten italienischen Station, am „Brennero“, aufgefallen. Wir hörten immer von den deutschen Südtirolern, hier aber klingen uns bereits von allen Seiten fast ausschließlich italienische Worte ins Ohr. Die Eisenbahner, die Zollbeamten, die Soldaten, die Alpini (Alpenjäger) — an denen hier durchaus kein Mangel ist — alles Italiener. Also Südtirol doch italienisch? Keine Ahnung — man hat nur hierher, an allen öffentlichen Stellen, verlässliche Individuen eingeleitet, die über die deutsche Bevölkerung gestellt wurden. Am Bahnhof von Bozen beispielsweise kann man die Beobachtung machen, daß das Bahnhofspersonal nur aus dem „regno“, dem alten Italien stammt, während die Passagiere deutsche Tiroler sind. Wie ein Symbol der vollzogenen Unterdrückung, wie ein Triumphbogen römischer Imperatoren in einer unterdrückten fremdsprachigen Provinz müdet uns das stolze „Siegesdenkmal“ in Bozen an, auf dessen Stufen deutsche Hakenkreuzer dem italienischen Imperialismus gehuldet haben. Oben aber, vor der Tempelhalle des Denkmals, das 2 Millionen Lire verschlang, die den Südtiroler Bauern abgeknöpft wurden, steht ein „Carabiniere reale“ Posten, Tag und Nacht. So muß das Denkmal vor der „Zustimmung“ der Bevölkerung geschützt werden. Ein sehr sinnfälliger Ausdruck der tiefen Unzufriedenheit der Südtiroler arbeitenden Bevölkerung.

Aber man täusche sich nicht. Die Unzufriedenheit, die sich hier vornehmlich national äußert, entspringt einer ökonomischen Ursache. Südtirols Produkte — vor allem Edelobst und Wein — unterscheiden sich kaum von jenen des übrigen Italiens. Von keinem natürlichen Abzugsgebiet, Oesterreich und Deutschland, ist Südtirol aber durch dicke Zollmauern getrennt. Das Resultat ist der Zusammenbruch vieler Bauernwirtschaften.

Da sehe ich im Zug einem jungen Landarbeiter gegenüber. Wir kommen ins Gebirg. Jetzt hat er 14 Tage in der Nähe von Trien Arbeit gehabt, erzählt er, und nun ist es wieder aus mit der Arbeit, um die es so rar bestellt ist. 3 Lire hat er bei dem Bauern pro Tag erhalten, fährt er fort. Und das ist sehr viel (3 Lire gleich 1,10 Mark). Die Bauern können nicht bezahlen, sie haben kein Geld im Haus, die Ernte ist unabhäufbar. Jeder Tag bringt neue Exekutionen. Die Landarbeiter wieder, von denen heute die Mehrzahl ohne Arbeit ist, erhalten keinerlei Unterstützung. Darum arbeiten sehr viele ohne jedes Entgelt, für das bloße Essen. Aber selbst solche Arbeitsmöglichkeiten sind nicht alltäglich, es mangelt dem Bauern — der Arbeit genug hätte — an dem notwendigen Essen. Wir sind ja bei Wein- und Obstbauern, die sich das Mehl kaufen müssen.

Wie ein richtiges faschistisches Gegengewicht gegen diese Not und Unzufriedenheit bilden dafür immer wieder militärische Anlagen — Kasernen, Flugfelder, Festungen — durch die Waggontenier. Nicht weniger als acht Kaserne wurden in den letzten Jahren allein hier im Gebiet des „Alto Adige“ neu erbaut. Sie erforderten einen Kostenaufwand von fast 12 Millionen Lire! Und das in einer einzigen Provinz!

Es ist daher nur zu selbstverständlich, daß sich diese Unzufriedenheit keineswegs allein auf die deutschen Südtiroler erstreckt. Hinter Trento (Trient) spreche ich mit einem italienischen Rekruten, der mit als Ausländer sein Leid merkwürdig vertrauensvoll klagt. 40 Centesimi erhält er pro Tag als Lohnung, für die er sich gerade zwei Zigaretten kaufen kann, währenddessen sind seine Leute daheim kaum im Stande, die Ernte einzubringen. Er lehne sich nach dem Tag, an welchem er die Uniform werde abwerfen können.

Auch der junge Rekrut ist keine Ausnahmeerscheinung. Trotz der eifrigsten Werbung der faschistischen Propaganda im Kasernenhof breitet sich gerade hier der „Geist der Zerlegung“ aus. Allers-

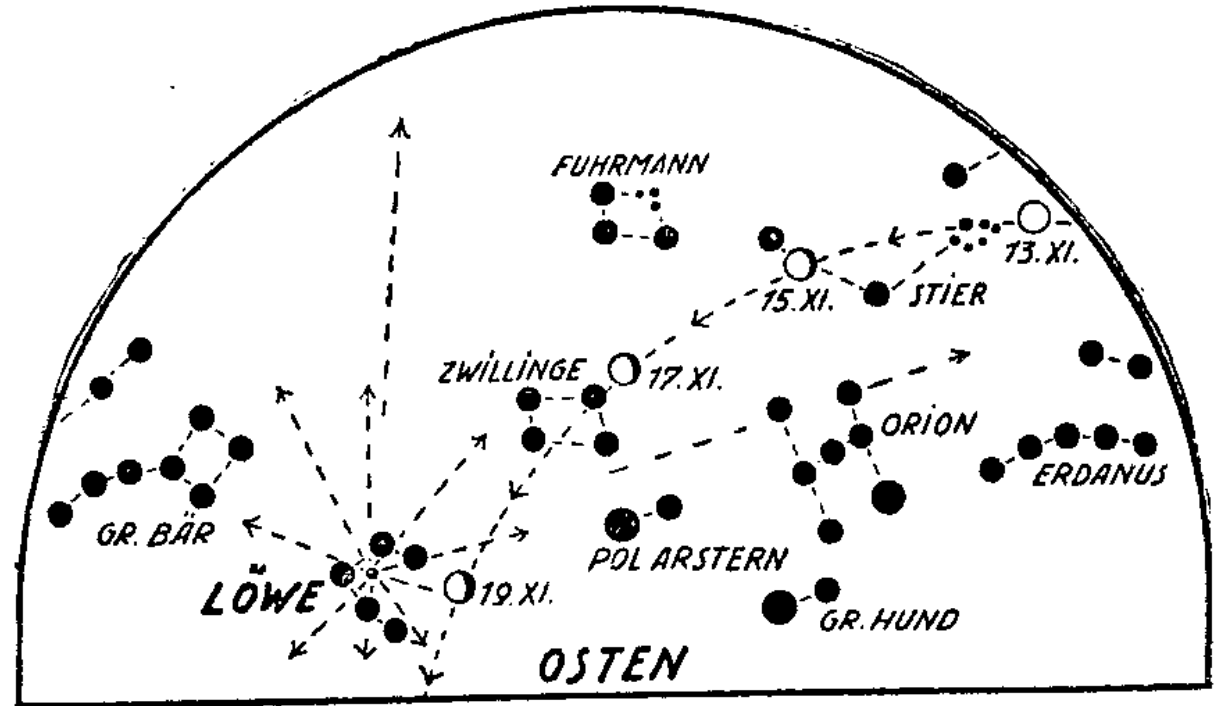
dings erstrecken sich die Reize faschistischer Epikerei in ganz besonderer Ausdehnung auf die Arme.

Aber noch eins fällt uns auf, wenn wir im Zug durch Talen kreuzen. Das sind die vorzüglich unterhaltenen Straßen, die sich spiegelglatt an das Bahngelände lehnen. Man kennt die imperialistischen Absichten, die der Beweggrund dafür waren. Aber ein bestimmter Umstand erleichterte die Umkehrung dieser Absichten in die Wirklichkeit. Ein Arbeiter im Faschistenhemd, aber stark abgenutzter Kleidung, erklärte mir, als er das Mißtrauen abgestreift hatte: „Ja, unsere Löhne! 60 Lire in der Woche (13 Mark), so kann man leicht Straßen bauen...“ Aber selbst das war einmal, heute sind Millionen Arbeiter arbeitslos.

Ich gehe um 3 Uhr nachmittags durch die Straßen von

Die Leoniden kommen wieder

Alljährlich im November, zwischen dem 10. und 17., leuchten am Nachthimmel in der Gegend des Sternbildes des Löwen zahlreiche Sternschnuppen auf, die als Leoniden bezeichnet werden. Diese Sternschnuppen — Reste eines Kometen — leuchten in einer Höhe von 130 Kilometer auf; in 90 Kilometer erlöschen sie und legen dazwischen einen Weg von etwa 57 Kilometer in etwas mehr als einer Sekunde zurück. Im Jahre 1799 ist die Erscheinung der Leoniden in besonderer Schönheit aufgetreten, und als dann 1833 und 1866 auch wieder der Sternschnuppenfall besonders eindrucksvoll war, schloß man auf eine Umlaufzeit von 33 Jahren. Im Jahre 1899 blieben jedoch die Sternschnuppen in der erwarteten Reichhaltigkeit aus: die Hauptmasse war auf dem Wege durch das Planetensystem in der Nähe von Jupiter und Saturn geraten und dadurch abgelenkt worden. Es ist aber zu hoffen, daß in diesem Jahre in der Nacht vom 16. zum 17. November das Phänomen seinen Höhepunkt erreicht und daß Tausende von Sternschnuppen in den frühen Morgenstunden fallen werden. An Hand unserer Karte kann man sich ohne Mühe am Sternenhimmel zur Beobachtung der Leoniden orientieren: man wende sich gegen Osten und halte die Sternkarte vor sich. Dann wird man leicht die eingezeichneten Sternbilder aufsuchen und die Leoniden, aus der Gegend des Löwen herkommend, aufleuchten sehen. Außerdem ist die Bahn des Mondes angegeben, der am 13. November als Vollmond erstrahlt und dadurch die Helle der Sternschnuppenfälle abschwächen wird.



Momentaufnahmen

Autoritär

Wir leben bekanntlich im Zeitalter — wohl nicht der Autoritäten — wohl aber des „autoritären Staatsgedankens“. Fast alle sind sie für das „Autoritäre“, Hitler ebenso wie Papen. Und der Kampf geht bekanntlich ja nur darum — um mit Goebbels zu sprechen — wer wem das autoritäre Bett machen soll.

Nun meldet die Telegraphenunion die erschütternde Nachricht, daß sich eine „Arbeitsgemeinschaft der monarchistischen Bewegung“ gegründet hat. Ein großes Wort, wirklich. Es ist nur die Frage, wen sie bewegt. Es handelt sich um einen Zusammenschluß einiger Vereinen, aus deren Titel schon zu ersehen ist, daß es sich um wirkliche „Volkvereine“ handelt. Wir wollen hier nur einige Namen anführen:

„Bund der Aufrechten“.

Hand aufs Herz, haben Sie gewußt, daß es einen Bund der Aufrechten gibt? Oder:

„Großdeutscher Vorkriegs-Verband“. Oder:

„Nationalverband deutscher Kadetten“. Aber das Schöne kommt noch:

„Bund zur Pflege des Hohenzollerngedankens“.

Nun, haben Sie geträumt, daß es sowas gibt, habt ihr je geahnt, daß Luwi ein Gedanke ist oder daß die anderen C-typen heutzutage sich bereits in Gedanken aufgelöst haben und deswegen ein Bund zu ihrer Pflege gegründet werden muß? Wahrlich, das „Autoritäre“ fördert dunkle und verborgene Schätze ans Tageslicht. Leo.

Ein Flugzeug stürzt auf ein Haus und gerät in Flammen

Bukarest, 10. November. Ein schreckliches Flugzeugunglück ereignete sich heute vormittag in der Nähe der Gemeinde Herastrau bei Bukarest.

Ein Militärflugzeug Marke „Newport-DeLage“, pilotiert vom Unteroffizier Chifulescu von der Luftflottille Pipera-Bukarest, befand sich auf einem Übungsflug. Als das Flugzeug über der Gemeinde Herastrau kreiste, explodierte plötzlich der Motor und der Aeroplan hing in der Luft Feuer. Der Pilot sprang sofort mit dem Fallschirm ab, der sich rechtzeitig öffnete. Der Unteroffizier fiel in den See Herastrau und konnte schwimmend das Ufer erreichen. Das Flugzeug blieb noch einige Zeit in der Luft und stürzte dann ab. Es fiel auf das Haus der Witwe Maria Smarandache. Das Haus fing Feuer und stand in wenigen Minuten in hellen Flammen.

Gaseinbruch bringt 18 Bergleute in Lebensgefahr

London, 10. November. In einem Schacht des Faldon-Bergwerks wurden 18 Bergarbeiter infolge eines Gaseinbruchs eingeschlossen und teilweise verasphixiert. Acht Bergleute konnten sich durch einen anderen Schacht an die Oberfläche retten, die übrigen zehn konnten erst nach angelegter Rettungsarbeit in halb bewußtlosem Zustande von den Hilfsmannschaften geborgen werden.

Verona. An den Straßenecken lehnen abgerissene Protesten, gestalten, wie man sie selbst in Deutschland oder Oesterreich nur selten zu sehen bekommt. Es wimmelt förmlich von ihnen. Sie haben keine Faschistenhemden an.

Ober im Wartesaal des Bahnhofs von Bologna. Arbeiter dösen hier auf den unformigen Säden, die ihre Fesseln enthalten. Sie nügen die anfänglich der „Zehnjährfeier“ erlassene 70prozentige Fahrermäßigung nach Rom aus. Sie wollen dort Arbeit finden. An dem Erfolg ihres Unternehmens zweifeln sie im vorhinein. Aber sie haben so wenig Ausblicksmöglichkeiten. Der Faschismus weiß ihnen keinen Ausweg. So klammern sie sich an einen Strohhalm. Es ist überhaupt merkwürdig, wie selten man als Ausländer rückhaltloser Zustimmung zum Faschismus bei den Wertelätigen begegnet. Am häufigsten antwortet einem vorichtige Zurückhaltung, sehr oft aber auch unverhohlene Unzufriedenheit.

An den Reden dieser Leute merkt man nicht selten, daß hier jene Kräfte am Werke sind, denen die ausgebreitete Epikerei des Faschismus gilt. Die zur „Zehnjährfeier“ in allen Städten des Reiches schlecht überfüllten Plakat- und Häuserwände, auf denen noch immer Hammer und Sichel sichtbar sind, sind der sichtbarste Ausdruck dafür.

Eisenbahnunglück bei Gießen

Personenzug fährt auf Frachtzug

Gießen, 10. November. Am Donnerstag vormittag um 7.23 Uhr fuhr im Bahnhof Saalen auf der Strecke Gießen—Zulda ein von Zulda nach Gießen fahrender Personenzug auf einen Güterzug auf. Hierbei wurde eine Anzahl Reisender verletzt. Die Verletzten wurden mit einem Hilfszug nach Gießen gebracht. Eine amtliche Mitteilung über den genauen Hergang des Unfalls liegt noch nicht vor.

Soweit bisher feststeht, hielt der Güterzug, der von Gießen gekommen war, auf dem zweiten Gleis der Station Saalen, das als Ausweichstelle benutzt wird, und wartete den um diese Zeit eintreffenden Personenzug ab.

Aus noch ungeklärter Ursache fuhr der Personenzug auf den Güterzug auf. Hierbei wurde ein Güterwagen zertrümmert, während von dem Personenzug der letzte Wagen entgleiste. Eine größere Anzahl Personen erlitt Verletzungen.

Ein Wasserrohr plakt

Ueberschwemmung in Tegel

Berlin, 10. November. In der Ecke der Berliner Straße und Kruppallee in Tegel, nahe der Gasanstalt, plakte gestern vormittag, kurz nach 8 Uhr, das Hauptrohr der Wasserversorgung. In wenigen Minuten brachen die Wasserfluten mit solcher Gewalt durch den Bahrdamm, daß die Straße bald überschwemmt war.

Das Wasser, das eine Höhe von einem halben Meter erreichte, unterspülte die Straßenbahngleise, so daß der Verkehr eingestellt werden mußte. Die angrenzenden Straßen wurden abgeperrt, und erst in den Nachmittagsstunden gelang es, den Schaden zu beheben. Die Orte Tegel, Heiligensee, Waidmannslust, Hermsdorf, Wittenau und Borjowalde blieben fast den ganzen Tag über ohne Leitungswasser. Abends, kurz nach 7 Uhr, wurde der Straßenbahnverkehr eingleisig über die schadhafte Stelle aufgenommen.

Sprung vom Funkturm

Berlin, 10. November. Nachdem erst vor wenigen Tagen ein Fallschirm-Konstrukteur vom Berliner Funkturm in Witzleben zu Tode gestürzt war, ist in der Nacht zum heutigen Donnerstag wieder ein Menschenleben durch einen Sprung vom Funkturm schwer gefährdet worden. Unzweifelhaft in selbstmörderischer Absicht sprang vor Mitternacht eine junge Frau aus 75 Meter Höhe unter. Sie stürzte auf das Glasdach des Funkturmrestaurants, wo sie mit schweren Verletzungen besinnungslos liegen blieb. Die Feuerwehr holte sie von dem Dach und brachte sie ins Hildegarde-Krankenhaus.

Die Frau, die etwa 25 Jahre alt ist, aber keine Ausweispapiere bei sich hatte, war mit dem Jahrtuchführer allein gegen 11 Uhr auf die obere Plattform des Turmes gefahren. Sie unterhielt sich oben einige Zeit mit dem Beamten, der ihr die Aussicht erklärte. Auf die Frage, warum sie zu dieser Zeit noch auf dem Funkturm käme, erklärte sie, „wenn man gerade in Berlin sein müsse man sich eben alles ansehen.“ Plötzlich ließ sie auf die andere Seite der Plattform und schwana sich über die Brüstung.

Die Frau des Genossen Stalin gestorben

Moskau, 9. November. In der Nacht vom 8. zum 9. November ist Nadjeschda Sergejewna Allilujewa, die Frau Stalins gestorben. Eine treue, uns nahestehende Genossin, ein edler Geist ist nicht mehr. Sie ging noch jung von uns im vollen Besitz ihrer Kräfte, unendlich ergeben der Partei und der Revolution. Sie wuchs als Bolschewistin in der Familie eines Arbeiterrevolutionärs auf und hat schon in frühester Jugend ihr Leben mit der Revolution verbunden. In den Jahren des Bürgerkrieges an der Front und auch in den Jahren des sozialistischen Aufbaus hat Nadjeschda Sergejewna Allilujewa voller Selbstaufopferung der Sache der Partei gedient. Immer aktiv auf ihrem revolutionären Posten, anspruchslos sich selbst gegenüber, hat sie in den letzten Jahren hart an sich selbst gearbeitet innerhalb der Reihen der aktivsten Genossen als Studentin an der Industrie-Akademie.

Das Andenken an Nadjeschda Sergejewna als einer ergebenen Bolschewistin, der Frau, der innigen Freundin und der treuen Helferin des Genossen Stalin wird uns immer teuer sein.

Jekaterina Woroschilowa, Pawlina Schemtschuschina, Sinaida Ordshonikidse, Poroschowa, Maria Kaganowitsch, Tatjana Postyschewa, Aschen Mikojan, Woroschilow, Ordshonikidse, Malotow, Kapschew, Postyschew, Kaganowitsch, Andrejew, Krow, Mikojan, Jenkidse.

Polizeimajor will kommunistische Propaganda unterdrücken

Am Montag früh warteten die Arbeiter bereits in aller Frühe auf das Erscheinen der „Arbeiter-Zeitung“...

Mit diesen Unterdrückungsmaßnahmen kann der revolutionäre Gedanke aus den Massen nicht ausgetrieben werden...

Arbeiter Breslaus, übt Solidarität!

rote Sportler von Breslau-Nord bauen einen Sportplatz! Die Arbeiten gehen nur langsam vorwärts...

Tschansch bleibt rot!

Am Freitag, dem 4. November, hatte die SPD Ortsgruppe Tschansch ihren größten Tag. Die von revolutionärem Geist besetzte öffentliche Wahlversammlung...

Neue konzentrierte Heftkampagne gegen die Sowjetunion

Mit allen erdenklichen Mitteln haben die Konterrevolutionäre einen neuen Verleumdungsfeldzug gegen die Sowjetunion eröffnet...

Rußland verweigert Deutschen die Pässe

Unter dieser knalligen Überschrift brachte man aber das Gegenteil zum Ausdruck, denn dort schrieb man, daß deutschen Arbeitern nach Rußland wollen, die Pässe verweigert, wieder abgenommen...

Kulturshande aus dem Breslauer Norden

Fünf erwachsene Personen in einem kleinen Raum mit zwei Betten — Der Wohnungskommissar hat seit zwei Jahren Abhilfe versprochen

Wie schön es die deutschen Arbeiter haben. Ihnen ist nach der Verfassung sogar eine Wohnung zugesichert. Die sogenannten „Vollführer“ nennen daher Deutschland ein Kulturland...

In der Enderstraße 15, im vierten Stock, finden wir eine Wohnung, die die Kulturzustände in Breslau, dem „Volkswort des Deutschland im Osten“, etwas beleuchten können...

Somit haben wir eine Polizei, die ihr besonderes Augenmerk auf die „Sittlichkeit“ richten soll, zumal ein Veracht in Preußen-Deutschland existiert. Wir haben eine Gesundheitspolizei, wir haben eine Baupolizei...

Wir fordern, daß hier sofort Abhilfe geschaffen wird, daß diesen

jeher Beschreibung spottenden Zuständen ein Ende gesetzt wird. Wir alarmieren die Desfentlichtkeit, um zu bewirken, daß den Proletariern eine menschenwürdige Unterkunft gegeben werde.

Unproletarisches Verhalten einer Familie gegen ihre Mitbewohner

In dem Grundstück Mittelstraße 28 wohnen 27 Proletarierfamilien verschiedenster Parteirichtung. Aber keiner der dort wohnenden Familien verhält sich so prozozierend, wie die Familie Gabel...

Die Werttätigen haben andere Sorgen, als sich gegenseitig das Leben zu erschweren und zu verbittern. Es genügt anscheinend auch manchen Menschen noch nicht, daß ihnen von den Kapitalisten das Leben vergällt wird...

Arbeiterkinder in der Kampffront der Eltern

Wahlpropaganda der Roten Jungpioniere Breslau-Nord

Jungpionierkorrespondenz

Am Wahlsonntag legten wir fest, daß wir Pioniere eine Propaganda für die Wahl unternehmen. Wir Pioniere sammelten uns und alle waren bereit...

Darum Arbeiterkinder, wenn ihr ein Sowjetdeutschland nicht schaffen könnt, dann werden es die Pioniere vollbringen. Wir halten auch einen schönen Erfolg mit der Sammelbüchse...

Polizei gegen rote-Hilfe-Pioniere

Durch eine gute Haus- und Hofpropaganda am Sonntagabend vor der Wahl, bei welcher 75 „Arbeiter-Zeitungen“ und Trommeln umgehört wurden, forderten die rote-Hilfe-Pioniere die Arbeiterkinder...

Kampffront der drei Generationen ein. Dein Kind soll ein Klassenbewußter Arbeiter, soll dein Helfer im Kampf an deiner Seite werden.

Boranzelge

Das große Ereignis bei Rot-Sport ist das große Saalsportfest des NSR. Fichte, am Dienstag, dem 15. November, in Hofmanns Festsaal, Popelwitz-Strasse.

Genosse Jellen spricht über „Kirche und Volkswirtschaft“ heute 11. November, 20 Uhr, in dem Schulungsraum der Wajdy, Wallstraße 21, III.

Arbeiter-Samariter-Kolonnen Groß-Breslau. Für die beiden am Donnerstag stattfindenden Lehrkurse in der ersten Hilfeleistung bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen können sich noch einige Teilnehmer melden.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“, Ortsgruppe Breslau. Sämtliche Abteilungsleiter holen sofort die Gewinnlisten unserer Bundeslotterie im Fahrradhaus ab.

Straßenbahnverkehr. An Stelle der im Winterfahrplan vorgesehenen kurzen Pendellinie Großmarktstraße-Weichstraße, Ede Gräbichen-Strasse, verkehrt ab 1. November 1932 eine Linie zwischen Großmarktstraße und Burgstraße (Werderbrücke).

Neuer Stadtplan 1:20000. Das Städtische Vermessungsamt hat einen Stadtplan in einem Blatt 86x124 Zentimeter herausgegeben.

Der Plan enthält die jetzige Stadtgrenze, alle Straßenbezeichnungen, von denen nur wenige in der Altstadt aus Mangel an Raum fortgelassen werden mußten, ferner die Bebauung usw.

Der Preis beträgt 1 RM. je Stück und ist in der Botenmeisterei des Rathauses, Elisabethstraße 10, werktätlich zwischen 8-12 Uhr und 16-18 Uhr, erhältlich.

Wie die SA. Stimmvieh suchte

Brieg. Am Montag hielten die Nazis im großen Bergesaal eine Erwerbslosen-Versammlung ab. Eine große Meute, wer nicht erschienen, waren die Erwerbslosen. Freie Mutzsprache gibt es nicht.

Feinde der Arbeiterklasse

Es genügt natürlich den Nazis nicht, daß sie ihre Standardenpfaffen haben, wie etwa den Pastor Fuchs im Schneidwitzer Prozeß, nein, sie haben auch ihre Standardenärzte, die man bei gewissen Anlässen auch bestens gebrauchen kann.

Bei Erkältungskrankheiten, bei Schmerzen rheumatischer, giftiger und nervöser Art haben sich Logal-Tabletten hervorragend bewährt. Logal befeitigt die Krankheitsstoffe auf natürlichem Wege, es ist außerdem bakterientödtend! Ein Versuch überzeugt! In allen Apoth. Nr. 1.25. 12,6 Lith., 0,46 Chin., 74,3 Acid. acet. salic.

Erwerbslose im Kampf gegen Hunger und Kälte

Weiterer Unterstüßungsraub in den Gemeinden — Gemeindevorsteher im Klosterort Grüssau läßt christliche Arbeiterfamilie 14 Tage hungern
Hindenburg-Sozialisten in Forst, Kr. Landeshut, verraten die Interessen der Erwerbslosen — Nur durch die Einheitsaktion kann Hunger und Kälte abgewehrt werden

In vielen schlesischen Gemeinden brachte die Kreiszusammenlegung große Kürzungen der Unterstützung für die Erwerbslosen. Ueberall wurden die Sätze dem Kreis angepaßt, der die niedrigste Wohlfahrtsunterstützung ausweist. Außer diesen Unterstützungskürzungen versuchen einzelne Gemeindevorsteher auf allen nur möglichen Wegen eine Kürzung der Unterstützungen zu erreichen.

Jetzt beginnt es schon bitter kalt zu werden. Neben dem Hunger werden die Erwerbslosen, ihre Frauen und Kinder hart von der einlegenden Kälte getroffen. In diesem Moment hat die neue kommunistische Reichstagsfraktion, die 100 Mitglieder zählt, Forderungen für die Erwerbslosen auf Winterhilfe eingereicht. Jetzt gilt es, daß die Erwerbslosenmassen, die sich am 6. November zur kommunistischen Partei und damit zum außerparlamentarischen Kampf bekannt haben, sich zu diesem Kampf sammeln.

Nur wenn die Erwerbslosen in jeder Gemeinde demonstrativ und geschlossen, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit, sich hinter die von der Reichstagsfraktion der KPD. aufgestellten Forderungen stellen, wenn in jeder Gemeinde ein Massenkampf um diese Forderungen unter Einbeziehung der Betriebsarbeiter und aller Werktätigen entbrennt, kann die bittere Not und Kälte in diesem Winter abgewehrt werden. Zu dieser Einheitsaktion gegen Hunger und Kälte rufen wir alle Erwerbslosen!

Hermstorf. Den Erwerbslosen wurde die Unterstützung erneut kürzt. Allen Wohlfahrtsempfängern wird der Betrag eingekürzt, damit weniger als 20 Prozent des Einkommens an Miete gezahlt wird. Besonders schwer werden von dieser unerhörten Maßnahme die kinderreichen Familien getroffen, die 80—90 Mark monatliche Unterstützung erhalten. Diese Familien müßten erst 16—18 Mark Miete bezahlen. Jedoch auf Grund des Hauszinssteuererlasses zahlen sie jetzt noch 10—11 Mark. Ihnen wurde die Unterstützung bis zu 9 Mark gekürzt. Eine Versammlung der Wohlfahrtsempfänger nahm zu diesen Dingen Stellung und forderte, daß eine Stadtverordnetenversammlung sofort zu den kommunistischen Anträgen für die Hilfsberechtigten Stellung nehme. Ferner wurde zu den Zuständen in dem Wohlfahrtsamt Stellung genommen.

Trotzdem ein sozialdemokratischer Wohlfahrtsbezüger vorhanden ist, erhalten die Ärmsten der Armen nichts.

Die einmalige Beihilfe für Bekleidung und die Anerkennung der Gebühren zur Staatsbürgerschaft, zu welchen die Stadt nur ein Drittel und der Kreis zwei Drittel gibt, wird von der Stadt ratenweise wieder eingezogen.

Die Erwerbslosen müssen zusammenstehen und durch die gemeinsame Aktion den Abzug unmöglich machen, sowie den unerhörten Unterstüßungsraub bei denjenigen, die unter 20 Prozent ihres Einkommens Miete zahlen, verhindern. Von der Hungerunterstützung kann kein Erwerbsloser mehr als zehn Prozent für Miete bezahlen. Um das durchzusetzen, müssen alle Erwerbslosen in gemeinsamer Front zusammenstehen.

Hindenburgsozialisten gegen die Forderungen der Erwerbslosen

Forst, Kreis Landeshut. Eine Erwerbslosenversammlung, die im Oktober stattgefunden hatte, faßte einstimmig den Beschluß, an die Gemeinde eine Reihe Forderungen zu stellen. Es wurde gefordert, daß

die Wohlfahrtsätze in voller Höhe ausbezahlt, daß die Kur- und Rezeptgebühren rückvergütet, die Sätze der gehobenen Fürsorge ausbezahlt, und für alle diejenigen, die keine Unterstützung mehr erhalten, eine Winterhilfe gewährt wird.

Diese Forderungen der Erwerbslosen wurden an den mit den Nazis korrupten Gemeindevorsteher abgegeben. Dieser war darüber sehr erbost. Er erklärte, die Forderungen seien „kommunistisch“, alle Erwerbslosen seien doch zum Nichtstun verurteilt, aber es komme noch anders. Jetzt entwarpen sich Josef Wagner und David Gleisner, Gemeindevorsteher und Kreissozialist, als echte Hindenburgsozialisten. Sie sabotierten die Forderungen der Erwerbslosen, die sie selbst mit aufgestellt hatten. Josef Wagner von der „Eisernen Front“ ging zum Gemeindevorsteher und ließ seine Unterstützung zurück, obwohl er in der Versammlung dafür schämte. Als ihn die Erwerbslosen zur Rede stellten, sagte er, wir hätten lieber ein „Mitgeluch“ einbringen müssen. Am 1. November wurden in der Gemeindevorsteherung die Forderungen der Erwerbslosen verworfen.

Der SPD.-Gemeindevorsteher David Gleisner, der selbst schon 1 1/2 Jahre erwerbslos ist, sowie alle anderen SPD.-Vertreter blieben sitzen, ohne für die Forderungen der Erwerbslosen einzutreten.

Der Gemeindevorsteher hatte somit leichtes Spiel, um die Anträge in den Ratsstunden zu werfen. Die Erwerbslosen sehen hier mit aller Deutlichkeit, daß die Vertreter der SPD. selbst vor den Nazis-Gemeindevorstehern Luftschutzhelm und keinen Kinn im Interesse der Arbeiter stehen. Jetzt heißt es, zur Aktion außerhalb des Parlamentes herauszuheben. Nur auf diesem Weg können die Forderungen erzwungen werden.

30 Prozent Unterstützung unter dem Nichtstag

Liebigau. Am 9. November fand hier eine Erwerbslosenversammlung statt, die sich mit dem rigorosen Unterstüßungsraub befaßte. Die Erwerbslosen brachten in der Diskussion zum Ausdruck, daß in Liebigau die Höhe der Unterstützung nicht entsprechend der Bedürftigkeit, sondern entsprechend der Parteizugehörigkeit ausgesetzt wird.

Der größte Teil der Erwerbslosen erhält eine Unterstützung, die 25—30 Prozent unter dem Nichtstag steht.

Der Gemeindevorsteher Liebig erklärte den Erwerbslosen, die sich beschwerten, wenn sie nicht auskommen und kein Quartier haben, sollen sie doch ins „Braune Haus“ nach Nieder-Salzbrunn gehen, da sei Platz genug. An diesem Auspruch können die Werktätigen erkennen, wie dieser Nazi-Gemeindevorsteher die Not der Erwerbslosen und sein Amt mißbraucht, um die verlobbenden Reihen der Nazi wieder aufzufüllen. Der Genosse Stäbler zeigte in der Versammlung auf, wie an den Nazisuständen in Liebigau auch die SPD. einen großen Teil Schuld trägt. Alle Aufregung des anwesenden SPD.-Gemeindevorstehers Köhler mußte dagegen nichts, denn der Genosse Stäbler konnte mit Tatsachenmaterial aufwarten.

Die versammelten Erwerbslosen forderten in einem Antrag die sofortige Ausbezahlung einer Wirtschaftshilfe für Verheiratete von 15 Mark, für jedes weitere Familienmitglied 3 Mark und für jeden ledigen Erwerbslosen 10 Mark, sowie kostenlose Belieferung mit Heizmaterial. Die Erwerbslosen müssen ihre ganze Kraft einsetzen, um

durch eine einheitliche Aktion die Verwirklichung dieser Forderungen zu erzwingen.

Christliche Arbeiter, duldet nicht, daß eure Frauen und Kinder verhungern!

Grüssau bei Landeshut. Der Gemeindevorsteher Baumert aus dem Klosterort Grüssau zeigt so richtig seine ganze Christlichkeit gegenüber den Erwerbslosen. Einem aus der Krise ausgesteuerten Erwerbslosen mit Frau und drei Kindern mutete er zu, 14 Tage von der Luft und von Gebeten zu leben, indem er ihm eine zweiwöchentliche Karenzzeit ansetzte. Statt dem Nichtstag von 16,15 Mark wurden dieser Familie dann ganze 12 Mark gewährt, um ihr Leben zu fristen. Die christlichen Arbeiter müssen sich das merken und sich einreihen in die Front der übrigen kämpfenden Arbeiter.

Wieder Stimmzugewinn der Kommunisten in Schwarzwaldau

Schwarzwaldau. Die schätzbare Schreibweise der „Bergwacht“, welche in ihren Wahlnummern in der gemeintesten Weise gegen die kommunistische Partei heulte, hat es auch in Schwarzwaldau nicht fertiggebracht, die Klassenbewußten Proleten von der Partei Lenins

Landeshuter Textilproleten, laßt euch nicht zum Lohn auch noch das Augenlicht rauben!

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Landeshut. Tolle Zustände herrschen in den Landeshuter Textilbetrieben. Es ist ja bekannt, daß in den schlesischen Textilwerken die größte Ausbeutung und ständige Schikanierungen an der Tagesordnung sind. Jetzt ist es so weit gekommen, daß einige Weberinnen sich zum Stuhle Lehren den Handlanger von zu Hause mitbringen, weil sie keinen brauchbaren von der Firma erhalten. Eine Arbeiterin brachte sogar eine elektrische Birne von zu Hause mit, weil die „arme“ Firma keine auf Lager hat.

Bei der schwarzrotgoldenen Demofrauenfirma Grünfeld ist es schon soweit, daß mit der Taschenlampe gearbeitet wird, um Licht zu sparen.

Arbeiterinnen und Arbeiter der Landeshuter Textilbetriebe, lehnt es ab, im Interesse der profitgierigen Textilbarone euer Augenlicht zu opfern. Laßt die Stühle stehen, wenn ihr nicht genügend Licht

bekommt! Laßt den Dreck liegen, wenn ihr keine vernünftigen Bejen bekommt! Seht euch gegen die Antreiberei und die dauernden Lohnkürzungen zur Wehr. Nehmt sofort in den Abteilungen Stellung und fordert alle Einrichtungen, die notwendig sind, um eure Gesundheit zu erhalten und euch die Arbeit zu erleichtern.

Die Verwirklichung dieser Forderungen könnt ihr nur erreichen, wenn ihr nicht auf die reformistischen und Nazireichsbundstaktik hört. Nur durch die Einheitsfront aller Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter, ohne Rücksicht auf die Partei- und Organisationszugehörigkeit, ohne Rücksicht auf die Weltanschauung, unter revolutionärer Führung ist es möglich, die Unternehmer auf die Knie zu zwingen. Kämpft mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition für die Beseitigung der unerhörten Zustände.

NSDAP.-Obersekretär unterschlägt 8000 Mark

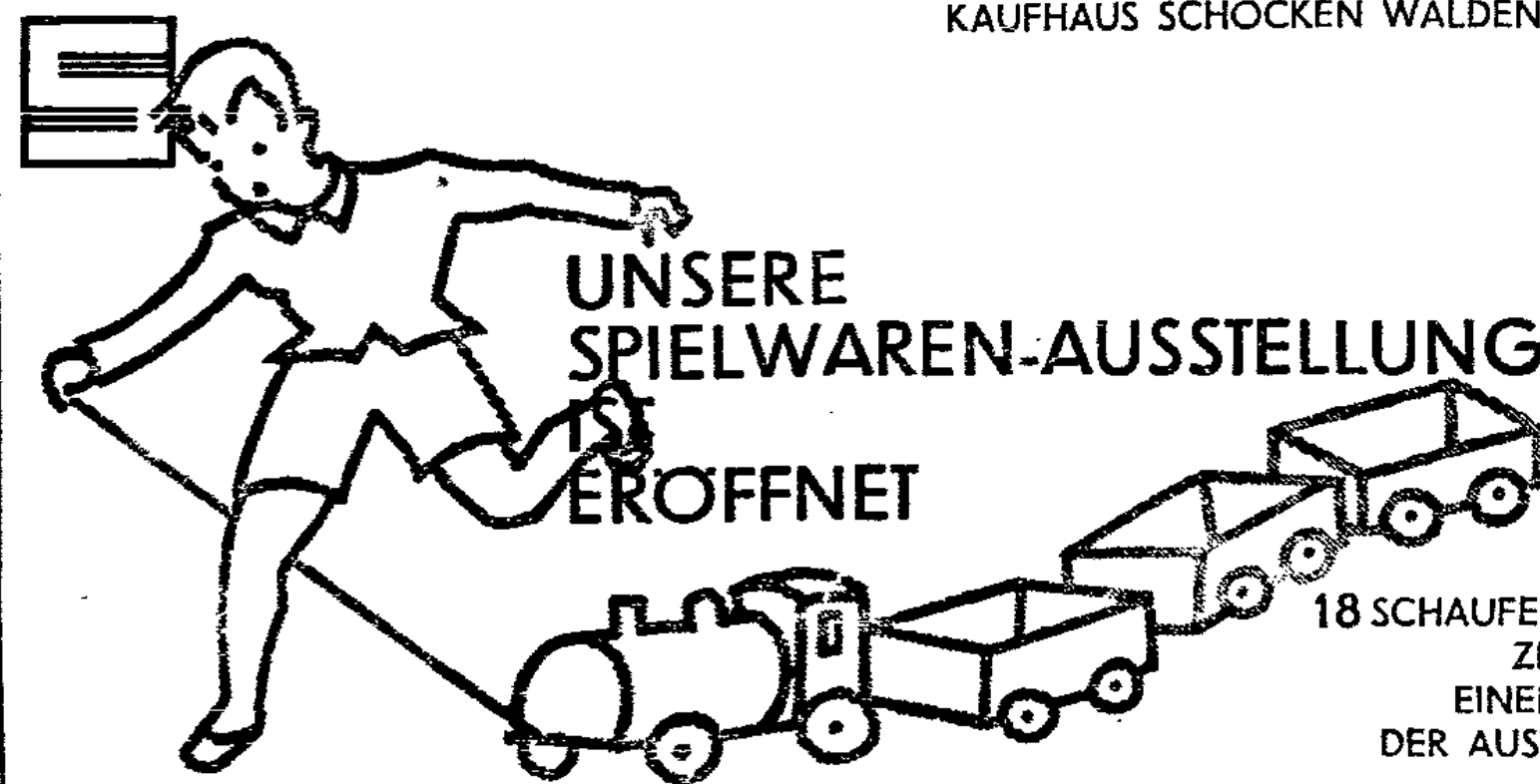
Seit zwei Jahren das Geld der kleinen Sparer g eraubt — Werktätige, protestiert gegen diese Zustände in Sagan! — Macht Schluß mit der Nazi-Korruptionspartei!

Sagan. Bei der häßlichen Sparlaffe wurden große Unterschlagungen aufgedeckt. Der Obersekretär Hubert Flögel, Mitglied der NSDAP., hat im Zeitraum von zwei Jahren, soweit sich bisher übersehen ließ, 8000 Mark unterschlagen.

Anfang September berichteten wir über den Stadtverordneten und Vorsitzenden der NSDAP., Posttag, der in eine größere Korruptionsaffäre verwickelt war und Bestechungsgelder angenommen hatte. Flögel hatte ein monatliches Gehalt von 250 Mark. Trotzdem reichte ihm das für die Ausgaben, die in der „Arzene“ gemacht wurden, nicht aus. Die Tatsache, daß Flögel zwei Jahre lang ungehört die Gelder der kleinen Sparer unterschlagen konnte, zeigt die ganze Mißwirtschaft, die in Sagan herrscht. Das ist seit der

Waldengeschichte der dritte Fall, daß Vermögen und Steuergroschen der Saganer Bevölkerung geraubt werden. Diese Fälle werfen gleichzeitig ein helles Licht auf die Zustände in der NSDAP. So wie Flögel und Posttag können dort alle Leute, die im Korruptionsjumpf hocken und verhaschen, die mühsam gesparten Gelder armer Leute zu stehlen, groß werden. Die werktätigen NSDAP.-Anhänger werden sich das merken und nach den Wahlen in noch größeren Massen die Nazi-Partei verlassen. Auf der einen Seite werden in Sagan alle Anträge der Erwerbslosen abgelehnt, immer heißt es, es ist kein Geld da, dabei wird auf der anderen Seite das Geld von solchen Subjekten wie Flögel geraubt. Wegen diesem Empfind in der Saganer Stadtverwaltung muß die werktätige Bevölkerung mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen.

KAUFHAUS SCHOCKEN WALDENBURG



Vom 10. bis 16. November sind deutsche Spielwaren in den Kaufhäusern Schocken in etwa 250 Schaufenstern ausgestellt.